

Heft 153

Ausgabe 1 | 2007

ISSN 0170-461

K 5361

5,00 Euro



Pro und Contra:
Bonus für Arbeit
Ulrich Walwei vs.
Michael Schlecht

Öffentliche Aufgaben

Frank Schwabe
Energiepolitik und Klimaschutz
– Ohne Atomkraft

Marcus Weber
Der Betteldozent

Dokumentation:
Ein Jahr große Koalition –
Politische Merkmale der
Parlamentarischen Linken



Kurzum | von Horst Peter

» „Die Deutschen sorgen sich ums Klima – und fahren Auto“ titelt die FR am 6.12.2006. Es geht dabei um die Folgenlosigkeit für das Verhalten der Menschen, obwohl sie die grundsätzliche Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen durch Klimaveränderung durchaus zur Kenntnis genommen haben. Das zeigt die dort abgedruckte Umfrage zur Sorgenskala der Deutschen. Die Umweltbedrohung ist hinter der Sorge um den Arbeitsplatz auf Platz zwei aufgestiegen und an Angst vor sozialer Ungerechtigkeit vorbeigezogen. Aber es ändert sich nichts am Lebensstil der Menschen.

Kurzum: Dieser Widerspruch zwischen Wissen und Handeln zeigt, dass gesellschaftliche Werte als Maßstab des Handelns schlechte Karten haben, wenn sie mit den Normen des neoliberalen Menschenbilds, dem Leitbild des Egoismus, in Konkurrenz treten.

» Die Folgen des Handelns zu bedenken wird zum Wettbewerbshindernis: für den Wissenschaftler und Forscher, den Ingenieur und Systementwickler, den Fondsmanager und den Unternehmer und durch die gesamte gesellschaftliche Skala bis zu den Menschen als Produzenten und Konsumenten, natürlich auch der Politik. Ulrich Beck hat diese Entwicklung als Weg zur „Organisierten Unverantwortlichkeit“ analysiert. Wir müssen fragen nach Wegen aus diesem Wertevakuum und der Rolle der Politik zwischen Reformbereitschaft oder Anpassung an den gesellschaftlichen Hauptstrom. Ende der 70er Jahre klagte Hans Jonas das Prinzip Verantwortung ein. Es könnte zum Schlüsselwert für den anstehenden gesellschaftlichen Zukunftsdiskurs werden, wenn es die Linke dazu macht.

Kurzum: Es ist an der Zeit, die soziale und ökologische Verantwortung programmatisch und politisch wieder zusammen zu führen.



↳ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

» Die Klimabedrohung und der Umgang der Parteien mit dieser paradigmatischen Herausforderung ist das programmatische Bewährungsfeld für das Prinzip Verantwortung in der Politik. Die Partei, die das Prinzip Verantwortung als oberen Grundwert definiert, hat im gegenwärtigen Wettbewerb um programmatische Neuorientierung die größten Chancen zur Meinungsführerschaft im Zukunftsdiskurs. Ein Blick in den Programmentwurf der SPD weckt allerdings bis jetzt nicht die Hoffnung, dass die Bedeutung des Prinzips Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Partei erkannt ist.

Kurzum: Die Aufnahme eines vierten Grundwertes Verantwortung für die Erde und den Frieden auch für künftige Generationen würde die Diskussion über die Grundwerte in der SPD auf die Höhe der Zeit bringen.

Dabei könnten sie doch nun die Leerstelle füllen, die von Bündnis 90/Die Grünen hinterlassen wurde, seit sie sich dem gesellschaftlichen Hauptstrom der Vermarktlichung unterworfen haben. ■

□ **Impressum:**

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Renè Röspel (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrusch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Reinhold Rünker

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:
 liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:
 Christian Kiel

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Januar 2007

■ **Meinung**

Investivlöhne – Mehr Schein als Sein Wolfgang Jüttner	4
Energiepolitik und Klimaschutz – Ohne Atomkraft Frank Schwabe	6
Linke Mehrheit als Chance Swen Schulz	7
■ Pro Bonus für Arbeit:	
Brücken für Existenzsichernde Beschäftigung Ulrich Walwei	8
■ Contra Bonus für Arbeit:	
Bonus begünstigt Lohndumping Michael Schlecht	9
Der EU-Verfassungsprozess braucht frischen Wind!	10
Interview mit Martin Schulz	

■ ■ **Im Fokus: Öffentliche Aufgaben**

Einleitung zum Schwerpunkt Sebastian Jobelius, Reinhold Rünker	12
Absage an den Staat? Hans-Peter Bull	14
Zwischen Wettbewerb und gesellschaftlicher Verantwortung Oliver Wagner	18
Privatisierungsdiskussion und öffentliche Verantwortung Ingeborg Junge-Reyer	22
Öffentlicher Sektor als „Wettbewerbsverzerrung“ Ulf Birger Franz	26
Die Privatisierung kommunaler Betriebe ist kein Patentrezept! spw-Interview mit Christian Ude	30
Literaturschau Reinhold Rünker	34

■ ■ ■ **Magazin**

Kinderspiel Kapitalismus Alexandra Kramm	35
Stichwort: Länderfinanzausgleich	36
Die Betteldozenten Marcus Weber	38
Lebenslanges Lernen – ein vergessenes linkes Projekt?	
Ernst-Dieter Rossmann	42
Europa den Menschen wieder näher bringen Axel Schäfer	46
Ein Jahr noch ... die SPD in Niedersachsen Stephan Klecha	50
Stell Dir vor, es ist Programmdiskussion, und keiner diskutiert!! Horst Heimann, H. Peter Rose	52

■ ■ ■ ■ **Personen & Positionen**

Dokumentation: 1 Jahr große Koalition – Politische Merkpunkte der PL	55
Meldungen	56
5 Fragen an ... Michael Donnermeyer	58

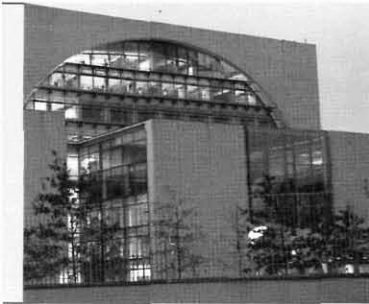


Foto: Christian Kiel

Investivlöhne – mehr Schein als Sein

Anmerkungen zur aktuellen Diskussion

von Wolfgang Jüttner



» Nun steht sie wieder auf der Tagesordnung: die Diskussion um Investivlöhne. Seit Bestehen der Bundesrepublik wird dieses Thema in unregelmäßigen Abständen immer wieder Gegenstand aktueller politischer Debatten. Diesmal warf Bundespräsident Horst Köhler den Ball ins Spiel. Erstaunlich ist, dass viele Akteure bereits jetzt Details und Bedenken vortragen, obwohl eine klare Konzeption für die Einführung von Investivlöhnen noch längst nicht vorliegt. Auch in der Berliner Koalition scheint es kaum noch um das Pro und Contra, geschweige denn um Alternativen zu gehen.

□ Zielsetzungen

Mit der Diskussion um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Gewinn- und Kapitalbeteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer sollen verschiedene Ziele verfolgt werden: Zum einen soll mit dem Investivlohn über das Instrument der Mitarbeiterbeteiligung eine Verbesserung der Altersvorsorge erreicht werden. Zum anderen soll die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt werden. Ministerpräsident Roland Koch sieht daher in dem Investivlohn gar eine patriotische Aufgabe, weil damit Kapital an Unternehmungen gebunden wird, das sich an der Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert und auch loyal gegenüber dem Standort ist. Außerdem bietet laut IAB eine Gewinn- oder Kapitalbeteiligung Arbeitnehmern Anreize für mehr Leistung und eine stärkere Identifikation mit dem Unternehmen.

Im Hinblick auf die ungleiche Entwicklung von Einkünften aus Vermögen und unselbständiger Beschäftigung ist eine zusätzliche Gewinn- und Kapitalbeteiligung grundsätzlich sinnvoll. Es hängt allerdings viel von der Ausgestaltung ab, die derzeit viele Fragen offen lässt und eine Realisierung eher fraglich erscheinen lässt.

□ Ergänzung oder Ersatz für tarifliche Löhne?

» Es besteht die Gefahr, dass zukünftige Lohnsteigerungen teilweise in Investivlöhne umgewandelt werden. Die Gewerkschaften haben zu Recht darauf hingewiesen, denn Äußerungen unter anderem von Arbeitgebervertretern gehen in die Richtung, dass die Beschäftigten mit einem Teil ihres Einkommens das unternehmerische Risiko tragen sollen. Werden Investivlöhne tatsächlich Ersatz für Lohnerhöhungen, wäre das kontraproduktiv – vor allem dann, wenn Lohnsteigerungen zur Belebung der Binnennachfrage und zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme notwendig wären. Wie auch immer das Modell der Koalitionäre in Berlin letztlich aussehen wird – Investivlöhne würden nach den herrschenden Gesetzmäßigkeiten der Tarifverhandlungspolitik zumindest teilweise immer auf die Lohnentwicklung anzurechnen sein. Realistisch betrachtet dreht sich die Debatte um Investivlöhne also eher um Lohnumwandlung als um Lohnerhöhung.

Auch im Hinblick auf die Ergänzung der Altersversorgung ist Skepsis angesagt: Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung diktiert dem Arbeitnehmer eine bestimmte Vermögensanlage, ohne dessen eigentliche Präferenzen zu berücksichtigen. Darüber hinaus wären in diesem Fall Teile der Altersvorsorge auf Gedeih und Verderb vom Wohlergehen des Unternehmens abhängig – Arbeitnehmer wären also auch über das Erwerbsleben hinaus davon betroffen. Ich halte das nicht für richtig und bin dafür, allgemeine Regelungen zur privaten Altersvorsorge zu diskutieren und voranzutreiben.

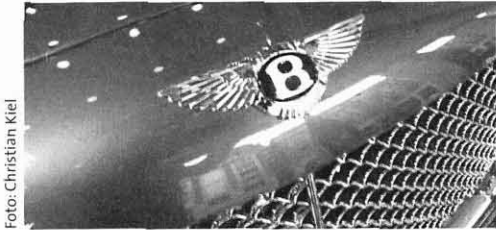


Foto: Christian Kiel

□ Staatliche Absicherung und Sozialisierung von Unternehmensrisiken

Gerade wir Sozialdemokraten weisen in der Debatte um Investivlöhne stets auf eine Absicherung von Insolvenzrisiken hin. Es wäre nicht akzeptabel, wenn Mitarbeiterkapitalbeteiligungen bei einer Unternehmensinsolvenz ohne Entschädigung wegfallen würden. Der Gesetzgeber müsste eine gesetzliche Entschädigungsregel schaffen. Allerdings führt eine derartige Regel dazu, dass der Staat im Insolvenzfall Zahlungen an Arbeitnehmer leistet, die eigentlich vom Unternehmen zu tragen sind.

Konsequent wäre es, wenn Unternehmen sich gegen diese Risiken selbst absichern müssten oder über einen separaten Fond investieren, der wie Pensionsfonds vor Insolvenz des Unternehmens geschützt ist. Dieser Weg schließt allerdings das Ziel – mit Investivlohn gleichzeitig die Eigenkapitalbasis vom Unternehmen zu stärken – aus.

□ Wer profitiert von Investivlohn?

Es ist fraglich, ob eine veränderte Gesetzeslage tatsächlich mehr Mitarbeiterbeteiligung nach sich zieht. Praktisch funktioniert der Investivlohn nur bei Aktiengesellschaften. Eine adäquate Plattform gerade für die Veräußerung von Anteilen klein- und mittelständischer Betriebe gibt es nicht. Die Äußerungen des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck, wonach das Modell sowohl für klein- und mittelständische Betriebe als auch für große Kapitalgesellschaften gleichermaßen interessant sein muss, sind begrüßenswert. Doch stellt sich hier die Frage nach der tatsächlichen Umsetzbarkeit an einer weiteren Stelle. Gerade in klein- und mittelständischen Betrieben ist nicht jeder Unternehmer willens seinen Mitarbeitern durch Kapitalbeteiligung auch mehr Mitentscheidungsrechte einzuräumen. Und einen Zwang zur Mitarbeiterbeteiligung soll es für Unternehmungen nicht geben. Es ist daher davon auszugehen, dass der Investivlohn wohl nur für eine kleine Gruppe von Arbeitnehmern relevant sein wird – wenn er denn überhaupt realisiert werden kann.

Ich plädiere dafür, dass beim Thema Investivlohn weniger auf Nebenschauplätzen um Details gerungen wird, sondern vielmehr die dahinter stehenden Fragen diskutiert werden. Lohnpolitik, Altersvorsorge und Mitbestimmung sind dabei die genannten Stichworte, die uns weiter bringen. Die Diskussion um Investivlöhne ist wohl mehr Schein als Sein. ■



☞ Wolfgang Jüttner, ist Vorsitzender der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2008.

Foto: SPD Landtagsfraktion Niedersachsen

Energiepolitik und Klimaschutz – Ohne Atomkraft

von Frank Schwabe

» Nach jahrelangem Ringen hat sich die EU-Kommission endlich auf gemeinsame Strategien zur zukünftigen Energiepolitik innerhalb der Europäischen Union einigen können. In den nächsten Jahren will man nun Fragen zu mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt und Versorgungssicherheit sowie Minderung der Kohlendioxid-Emission auf internationaler Ebene beantworten. Der Streit um Öl zwischen Russland und Weißrussland, der kurz zuvor veröffentlichte Klimabericht der EU-Kommission und nicht zuletzt der ungewöhnlich milde Winter als Vorbote des einsetzenden Klimawandels boten die perfekte Kulisse, um in diesem Zusammenhang nun endlich auch mal wieder die Atomkraft ins Spiel zu bringen. Weniger Abhängigkeit von Importen, keine CO₂-Belastung und somit aus Klimaschutzpolitischer Perspektive eine Alternative zu fossilen Energieträgern – mit solchen Argumenten versuchen auch in Deutschland die altbekannten Befürworter von Atomstrom wieder Oberwasser zu gewinnen und lassen hier und da gerne vergessen, warum man in Deutschland gegen die Kernspaltung als zukunfts-trächtigen Energielieferanten entschieden hat.

» Die Kernspaltung ist nach wie vor eine im höchsten Maße risikoreiche Energiequelle. Ein Unfall würde katastrophale Langzeitfolgen für mehrere Millionen Menschen haben, immer noch gänzlich ungeklärt ist die Frage nach einer sicheren und nachhaltigen Entsorgung des Atommülls und die Gefahr der Nutzung des Urans für kriminelle und terroristische Zwecke hat in den letzten Jahren zugenommen. Auch Argumente, die für eine intensivere Nutzung der Atomenergie immer wieder gerne angebracht werden, können entkräftet werden. Genau wie beim Erdöl und Erdgas sind Deutschland und Europa auf Importe angewiesen. Die Uranvorkommen werden aktuellen Berechnungen zufolge nur noch 40 Jahre ausreichen – spätestens dann befindet man sich

wieder an dem Punkt, an dem schnell Alternativen her müssen. Außerdem: mit Atomkraft kann man kein Auto tanken – auch hier spielen die Atom-befürworter mit einer diffusen Angst und Bildern, die sich seit der Ölkrise 1973 hartnäckig halten.

» Atomenergie sei in den nächsten Jahren wichtig, um den Übergang zu mehr erneuerbarer Energie und höherer Energieeffizienz versorgungssicher zu gestalten – das Hauptargument der Befürworter ist bei genauerem Hinsehen übrigens der stärkste Punkt gegen die Kernspaltung. Nur wenn wir heute den Druck in Richtung erneuerbare Energien, Energieeffizienz und alternative Kraftstoffe deutlich erhöhen, werden wir in Zukunft die Energieversorgung haben, die wir brauchen. Durch Atomkraft bliebe eine Hintertür, die so schnell nicht mehr geschlossen wird. Oder glaubt jemand ernsthaft daran, dass ein heute gebautes Kernkraftwerk in 15 Jahren wieder vom Netz gehen wird? Nur wenn wir heute mit Nachdruck an der Weiterentwicklung und Weiterverbreitung von Solarenergie, Windenergie, Biokraftstoffen sowie deutlich höherer Energieeffizienz arbeiten, dann wird Energie zukünftig sicher, sauber und bezahlbar werden; und wirklich nur dann!



↳ Frank Schwabe, MdB (SPD), ist Sprecher der „Denkfabrik“ und klimapolitischer Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, er lebt in Castrop-Rauxel.

Foto: privat

Linke Mehrheit als Chance

von Swen Schulz



Foto: Christian Kiel

Die Hoffnung auf eine „linke Mehrheit“ ist derzeit nicht groß. SPD, Bündnis '90/Die Grünen und Linkspartei.PDS im Bundestag sind weit davon entfernt, ihre rechnerische Mehrheit nutzen zu können und zu wollen. Auch die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin haben dem linken Projekt einen Dämpfer verpasst. Während in Mecklenburg-Vorpommern die SPD *verlor und die Linkspartei.PDS hinzugewann*, legte die SPD in Berlin zu – die Linkspartei.PDS ist nachgerade eingebrochen. Im hohen Norden ist die SPD in die Große Koalition gegangen. In der Hauptstadt dagegen wagt rot-rot einen neuen Anlauf – wie knapp die Mehrheit ist, hat sich bereits bei der Wahl des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit gezeigt.

Normalität hat sich eingestellt, was vor einigen Jahren nicht zu erwarten war. Die Linkspartei.PDS kann in der Regierungsverantwortung gewinnen oder auch verlieren – je nach Situation vor Ort. Ebenso die SPD in einer rot-roten Koalition. *Ein Wechsel ist möglich, aber auch Kontinuität. Rot-rot ist kein Skandal mehr. Die Neuauflage in Berlin ist kritisiert worden – aber eher für den Inhalt der Koalitionsvereinbarung, die doch so wenig Neues bietet. Der Wechsel in Mecklenburg-Vorpommern ist schlicht zur Kenntnis genommen worden – kein hörbares Aufatmen ging durch die Republik. Rot-rot ist – zumindest in Ostdeutschland – eine von vielen Koalitionsvarianten. Normalität wird sich mit der Zeit auch in der Bundespolitik durchsetzen. Mit Sicherheit ist die Linkspartei.PDS im Bundestag kaum zu vergleichen etwa mit der im Abgeordnetenhaus von Berlin. Die SPD-Bundestagsfraktion ist gut beraten, mit der Linkspartei.PDS sachlich umzugehen. Denn erstens vertritt sie BürgerInnen, deren Anliegen ernst zu nehmen sind. Mit Ausgrenzung gewinnen wir auch keine Stimmen, sondern geben der Linkspartei.PDS die Chance, sich weiterhin als mutige*

Retter der Entrechteten aufzuspielen. Die Nicht-Wahl von Lothar Bisky zum Vizepräsidenten des Bundestages war darum ein Fehler. Nur in der sachlichen Auseinandersetzung – gerne auch hart – können wir verlorenes Terrain zurückgewinnen. Und zweitens sind Koalitionsperspektiven für die SPD, letztlich für die Politik in Deutschland, von größter Bedeutung. In Berlin war die SPD lange Zeit in der Großen Koalition gefangen. Mit den Grünen reichte es nicht, die PDS war tabu. Mit jeder Wahl als Juniorpartner in der Großen Koalition verlor die SPD. Mit der Öffnung zur PDS kam die Wende – der Tabubruch war der Durchbruch für die SPD mit Klaus Wowereit.

Was machen wir im Bund, wenn die Mehrheitsverhältnisse nach der nächsten Wahl in etwa so wie heute bleiben – vielleicht mit ein paar Prozentpunkten Verlust für die Regierungsparteien? Die Große Koalition könnte von der Ausnahme zum Regelfall werden. Die größte Chance für das Aufbrechen dieser Lähmung hat *offenbar die Jamaika-Koalition. Daran wird gearbeitet. Warum nicht an einer linken Alternative?!*



☞ Swen Schulz, MdB (SPD), ist Mitglied im SPD-Landesvorstand Berlin.

Foto: www.spdfraktion.de

■ Pro: „Bonus für Arbeit“!

von Ulrich Walwei



↳ Dr. Ulrich Walwei ist Vize-Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit ist Vorsitzender der Gewerkschaft Transnet.

Foto: privat

Die Beschäftigungssituation wettbewerbschwacher Arbeitnehmer ist nach wie vor ungünstig. Deutschland hat relativ viele Langzeitarbeitslose; Geringqualifizierte finden nur schwer eine Beschäftigung. In den meisten Fällen ist der Wiedereinstieg für die Problemgruppen am Arbeitsmarkt zunächst nur über eine niedrig entlohnte Tätigkeit zu realisieren. Zur Bedarfsdeckung ist dann oftmals eine zusätzliche Förderung über Kombilöhne oder Lohnkostenzuschüsse nötig. Trotz der Hartz-Reformen existiert kein ausreichender Markt für niedrig entlohnte, Existenz sichernde Beschäftigung. Hauptursachen hierfür sind institutionelle Regelungen, die sowohl das Angebot voll sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Niedriglohnsegment verhindern, als auch die Aufnahme solcher Tätigkeiten unattraktiv machen. Weiterführende Reformen müssen daher an beiden Marktseiten ansetzen.

Im Vordergrund unseres Vorschlags zur Einführung einer negativen Einkommensteuer steht eine Verbesserung der Rahmenbedingungen am unteren Ende der Lohnskala, so dass möglichst viele Menschen einer Existenz sichernden Beschäftigung nachgehen können und möglichst wenige Personen auf den Bezug von Transferleistungen angewiesen sind. Indem arbeitsmarktfernen Grundversicherungsempfängern neue Perspektiven aufgezeigt werden, trägt der Ansatz außerdem zur sozialen Inklusion bei. Der Vorschlag setzt an den wesentlichen Hemmnissen für die Wiedereingliederung wettbewerbschwacher Arbeitnehmer an: der besonderen Belastung niedrig entlohnter Beschäftigung durch Sozialabgaben, den Hinzuverdienstregelungen im SGB II sowie der relativen Begünstigung atypischer Beschäftigungsformen.

□ Brücken für Existenz sichernde Beschäftigung

Hohe Sozialabgaben bremsen insbesondere bei einfachen Tätigkeiten den Beschäftigungsaufbau. Wir schlagen daher eine gezielte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener vor, die als negative Einkommensteuer ausgestaltet werden könnte. So würden Singles mit einem Bruttoeinkommen von 750 Euro bis 1300 Euro bei Bedürftigkeit einen Einkommenszuschuss erhalten.

Durch die Neuordnung der Hinzuverdienstmöglichkeiten sollen Brücken in eine Existenz sichernde Beschäftigung gebaut werden. Niedrige Zusatzverdienste würden stärker auf die Transferleistung angerechnet, spezifische Vergünstigungen für atypische Erwerbsformen wie die Mini-Jobs abgebaut werden. Auf diese Weise würde ein Teil der momentan in geringfügiger Beschäftigung ausgeübten Tätigkeiten in sozialversicherungspflichtige Jobs umgewandelt, und für ALG-II-Bezieher wäre es attraktiver, eine Existenz sichernde Beschäftigung aufzunehmen. Das ist sicher nur ein Baustein, um der hohen Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Wenn man aber schwer vermittelbare Personengruppen in den Arbeitsmarkt zurückführen und die Dauerhaftigkeit von Arbeitslosigkeit begrenzen will, sollte man die mit dem Vorschlag verbundenen Chancen nicht ungenutzt lassen. ■

■ Contra: „Bonus für Arbeit“!

von Michael Schlecht



➔ Michael Schlecht
ist Chefvolkswirt beim ver.di
Bundesvorstand in Berlin.

Foto: privat

Die SPD will gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen helfen einen Job zu finden. Hört sich auf den ersten Blick nicht schlecht an. Allerdings müssten sie bereit sein zu noch niedrigeren Löhnen zu arbeiten. Der Niedriglohnbereich – mit derzeit etwa sieben Millionen Beschäftigten – soll ausgeweitet werden. Viele arbeiten bereits heute für Hungerlöhne. Entgegen weit verbreiteten Annahmen hilft die Bereitschaft zum Lohnverzicht den Geringqualifizierten aber kaum. In wachsendem Maße werden auch einfache Tätigkeiten mit qualifizierten Bewerberinnen oder Bewerbern besetzt. Arbeitslosigkeit und Hartz IV zwingt mittlerweile auch gut Qualifizierte, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Damit werden gering Qualifizierte auch von den Arbeitsplätzen verdrängt, für die sie geeignet wären.

□ „Bonus für Arbeit“(-geber) begünstigt Lohndumping

Mit dem Arbeitslosengeld II besteht bereits heute ein Kombilohnsystem. Etwa drei Millionen Menschen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, haben Anspruch auf zusätzliche Leistungen des Arbeitslosengeld II. Schätzungsweise eine bis zwei Millionen Menschen machen davon Gebrauch. Darunter sind mindestens 400.000 Vollzeitbeschäftigte. Immer mehr Unternehmer nutzen den Arbeitslosengeld II-Kombilohn aus, um noch niedrigere Löhne durchzusetzen. Es gibt Unternehmer, die verlangen von ihren Beschäftigten Lohnverzicht. Anstatt 5,30 Euro pro Stunde in Zukunft nur noch 4,90 Euro. Die Differenz könnten sie sich ja weitestgehend über das Arbeitslosengeld II wieder hereinholen, sagen sie ihren Beschäftigten. Unter

dem Deckmantel von Arbeitslosengeld II kassieren Unternehmer staatliche Subventionen! Außerdem werden Konkurrenzbetriebe, die ihre Beschäftigten noch anständig bezahlen, unter Druck gesetzt werden. Auch dort heißt es dann schnell: Löhne runter – oder Entlassungen. Wenn jetzt die SPD den Arbeitslosengeld II-Kombilohn durch den Bofinger-Kombilohn ersetzen will, wird es sogar schlimmer. Musterrechnungen zeigen, dass viele „Working-Poor“ weniger Einkommen oder für das gleiche Geld erheblich längere Arbeitszeiten hätten!

□ Hungerlohn oder Mindestlohn?

Die Bereitschaft soll erhöht werden zu Armutslöhnen zu arbeiten. Bofinger will bei 4,50 Euro eine untere Grenze einziehen. Die negative Einkommensteuer soll nicht bei den Beschäftigten verbleiben, sondern als Lohnsenkung beim Arbeitgeber ankommen. Das Ergebnis wäre eine staatlich organisierte und subventionierte weitere Umverteilung zu Lasten der Löhne und zugunsten der Gewinne. Zusätzliche Steuergelder würden verschleudert.

Der einzig Erfolg versprechende Weg ist die Einführung eines bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro. Wie in vielen anderen Ländern Europas. So würde die öffentliche Subventionierung von Lohnsenkung, bzw. die Subventionierung von Unternehmern durch Arbeitslosengeld II beendet. Und vor allem: So erhalten die Beschäftigten wieder ein einigermaßen menschwürdiges Einkommen. ■



Foto: www.martin-schulz.info

Der EU-Verfassungsprozess braucht frischen Wind!

spw-Interview mit Martin Schulz

↳ Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der Europäischen Sozialisten im EU-Parlament.

↳ Das Gespräch führte für spw Reinhold Rünker.

spw: Im Januar hat Deutschland die Präsidentschaft in der EU übernommen. Welche Erwartungen hat die Fraktion der europäischen Sozialisten daran?

„ **Martin Schulz:** Ernstens: Der Verfassungsprozess braucht neuen Wind. Wir müssen als deutsche Ratspräsidentschaft dafür sorgen, dass es zu einer Wiederbelebung der Debatte kommt. Ohne eine EU-Verfassung ist die neue EU der 27 weitgehend handlungsunfähig. Zweitens: Europa ist entweder sozial oder es hat keine Akzeptanz. Deshalb wird von der deutschen Präsidentschaft erwartet, dass die sozialen Folgen der europäischen Gesetzgebung vor der Verabschiedung überprüft werden. Drittens: Die EU muss bei der Bewältigung des Klimawandels eine Vorreiterrolle einnehmen.

spw: EU-Kommissar Piebalgs hat jetzt ein Konzept für einen neuen europäischen Energiemix vorlegen. Welchen Stellenwert wird das haben?

„ **Martin Schulz:** Ich glaube, dass die Energieversorgung eine der zentralen Fragen ist. Europa hat schon einmal eine identitätsstiftende Debatte über die Energiepolitik gehabt. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl war der Kern der heutigen Union. Energiesicherheit heißt für uns auch Energieeffizienz und Energie-reduzierung, Ende der Verschwendungswirtschaft. Wir setzen auf erneuerbare Energie. Wir brauchen sparsamere Autos, energiesparende Produktionsanlagen. Wir setzen auf Investitionen in neue Technologien für sparsamere und effizientere Energienutzung.

spw: Anfang Januar wurden Öllieferungen aus Russland unterbrochen. Wie ist das Verhältnis der EU zu Russland?

„ **Martin Schulz:** Die Russische Föderation spielt eine bedeutende Rolle in der Weltpolitik. Das dürfen wir nicht ignorieren. Russland besitzt große Energieressourcen und wir werden mit Russland über ein neues partnerschaftliches Kooperationsabkommen verhandeln. Dazu gehört Vertrauen – und beide Seiten müssen sich so verhalten, dass dieses Vertrauen aufgebaut werden kann. Die Deutsche Ratspräsidentschaft ist auf einem guten Weg, dieses Vertrauen herzustellen.

spw: Günter Verheugen hat im letzten Jahr die Brüsseler Bürokratie heftig kritisiert und das Primat der Politik eingefordert. Teilst Du die Forderung nach Bürokratieabbau in der EU?

„ **Martin Schulz:** Die EU ist bürokratisch, in der Tat, aber die Mitgliedsländer sind es nicht weniger. Als langjähriger Bürgermeister einer mittelgroßen Kommune kann ich sagen, dass die Regelungen des Landes oder der Kreisbehörden, der Bezirksverwaltungen, der Bundesverwaltung und ihrer nachgeordneten Behörden und so weiter auch nicht geringer sind als in Brüssel. Wir brauchen einen Bürokratieabbau überall. Dass in der EU die Exekutive – also die Kommission – stärker parlamentarisch kontrolliert werden muss, ergibt sich daraus, dass im Verfassungsentwurf die Rolle des Parlaments deutlicher hervor gehoben worden ist. Deshalb: wer weniger Bürokratie und mehr Parlamentarismus will, braucht die Verfassung. ■

spw

- » Meinungsstark!
- » Links!
- » In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Gouvernementalität
Boris Michel
156 Seiten 14,90 €

**G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus**
Georg Fülberth
316 Seiten 19,80 €



Prämienpaket 3:

**Menschen machen
Innovationen**
Karl-Heinz Brandl /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft:
 - Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
 - Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Datum, Unterschrift

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

E-Mail

Öffentliche Aufgaben

Einleitung zum Schwerpunkt

von Sebastian Jobelius
und Reinhold Rünker



Foto: Christian Kiel



Die Frage, was als öffentliche Aufgabe betrachtet werden kann, und in welcher Weise öffentliche Aufgaben erfüllt werden können und sollen, kann heute vor dem Hintergrund vieler und unterschiedlicher Erfahrungen diskutiert werden.

□ Erfahrungen und Positionen nach der Deregulierungs- und Privatisierungswelle

Während der journalistische und wirtschaftswissenschaftliche Mainstream dabei noch in weiten Teilen von einer grundsätzlichen Feindlichkeit gegenüber umfassenden Aufgabenzuweisungen an die öffentliche Hand geprägt ist, weist Hans Peter Bull in seinem Beitrag

darauf hin, dass die Bevölkerung den Staat nach wie vor in der Verantwortung für die meisten Lebensbereiche sieht. Entsprechend plädiert Bull auch für eine möglichst breite Definition öffentlicher Güter und kritisiert die Fokussierung auf den im neoliberalen Diskurs skizzierten Minimalstaat. Der Kanon derjenigen Produkte und Dienstleistungen, die wirksamer öffentlicher Regulierung unterworfen sind oder in öffentlicher Verantwortung produziert oder erbracht werden, müsse vielmehr auch die sozialen und demokratischen Anforderungen berücksichtigen. Hoffnung mache in diesem Zusammenhang, dass im Bremer Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm der Frage, wie der Zugang der Menschen zu den öffentlichen Gütern gewährleistet werde, auch dann einen wichtiger Stellenwert beigemessen wird, wenn diese nicht mehr von dem Staat selbst „hergestellt“ werden.

Die Formulierungen im Entwurf für ein neues SPD Grundsatzprogramm zum Bereich der öffentlichen Aufgaben trägt der Tatsache Rechnung, dass die Erfüllung öffentlicher Aufgaben auch im sozialdemokratischen Kontext pragmatisch unter der Fragestellung diskutiert wird, auf welchem Wege durch Kombination öffentlicher Regulierung und privater Leistungserbringung die besten Ergebnisse erzielt werden können. Vom vollständigen Rückzug des Staates aus der regulatorischen Verantwortung über neue Formen der Regulierung bis hin zum Verbleib der Leistungserbringung im Bereich der öffentlichen Hand finden sich so heute in Bund, Ländern und Kommunen vielfältige Formen im Umgang mit öffentlichen Aufgaben.

□ Aus der Not eine Tugend machen?

Dass den erfolgten Privatisierungen der letzten Jahre in der Praxis jedoch nicht nur ordnungspolitische Erwägungen zu Grunde liegen konnten, macht Ingeborg Junge-Reyer in ihrem Beitrag deutlich. So sei die Diskussion über Privatisierungsmaßnahmen von Beginn an mit der schwierigen Haushaltslage verknüpft gewesen. Dies hat zu der Situation geführt, dass

die landeseigene BEWAG an die ebenfalls im (schwedischen) Staatsbesitz befindliche Vattenfall AG veräußert wurde und heute hochprofitabel einen bedeutenden Beitrag zum Gewinn des Gesamtkonzerns beiträgt. Inwieweit die Gewinne jedoch wieder in Berlin investiert werden liegt heute nicht mehr im Einflussbereich der Berliner Politik. Heute liegt der Fokus der Berliner Politik daher auch zunehmend auf der Verknüpfung von öffentlicher und privater Leistungserbringung. Das Fazit Junge-Reyers: Privatisierungsprozesse erfordern einen starken und intelligenten Staat, der über Kompetenzen am Markt verfügt, Wettbewerb ermöglicht und das öffentliche Interesse durchsetzen kann.

Mit der Veräußerung von BEWAG und GASAG lag das Land Berlin keinesfalls im Trend. So sind seit der Liberalisierung des Strommarkts anders als vorhergesagt lediglich 100 der zuvor 800 Stadtwerke von den heute vier großen Stromkonzernen übernommen worden. Am Beispiel des Energiesektors zeichnet Oliver Wagner vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie die Entwicklung einer nicht zu Ende gebrachten Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik nach. Während sich die großen Stromkonzerne in Deutschland nur noch wenig Konkurrenz machen und ihre hohen Rücklagen und Gewinne zur Betätigung auf dem internationalen Strommarkt nutzen, haben die Stadtwerke ihre Kapazitäten in den letzten Jahren ausgebaut und oft auf erneuerbare Energien sowie Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt. Sie sind damit ein gutes Beispiel für die Annahme, dass die Entwicklung hin zu Mischformen öffentlicher und privater Aufgabenwahrnehmung zu einer verstärkten Marktorientierung bei der Aufgabenwahrnehmung und gleichzeitiger Aufrechterhaltung politischer Steuerungsmöglichkeiten führen kann. Gleichwohl ist in vielen Kommunen die Diskussion um die Privatisierung der Stadtwerke sowohl aus ideologischen Gründen als auch aus finanzieller Not heraus voll im Gange. Hinzu kommen politische Attacken auf die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden.

□ Politischer Gestaltungswille

» Selbst wenn der politische Wille für eine starke Rolle des Staates bei der Erbringung von Leistungen im öffentlichen Interesse da ist, sind also zunehmend auch rechtliche Hürden, die einer originär öffentlichen Leistungserbringung im Wege stehen. Einen Überblick auf die Auseinandersetzungen in diesem Feld gibt Ulf-Birger Franz. Stichworte sind EU-Recht, der Sparkassen-Namenschutz, veränderte Ausschreibungsregelungen und eine Politik des Bundeskartellamts, das zunehmend kommunale Unternehmen ins Visier nimmt. Die Folgen des juristischen Drucks werden anhand von Beispielen aus verschiedenen Regionen skizziert. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen bezieht der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude Position für eine selbstbewusste und aktive Rolle der öffentlichen Hand bei der Erbringung von Aufgaben mit starkem öffentlichem Interesse – auch aus wirtschaftlichen Erwägungen. So gehören die Münchener Stadtwerke heute zu den größten Gewerbesteuerzahlern und führen beachtliche Gewinne an die Stadt ab. Gleichzeitig macht er deutlich, dass durch politische Interventionen der Spielraum für Dienstleistungserbringung in öffentlicher Verantwortung verteidigt werden muss und kann.

Die Diskussion über Öffentliche Aufgaben und Möglichkeiten kommunalen Handelns sollte vor dem Hintergrund der beschriebenen Erfahrungen nicht nur defensiv geführt werden. Es zeigt sich, dass auch mit neuen Instrumenten unter veränderten Bedingungen, ökonomische Prozesse politisch und demokratisch gestaltet werden können. Beides, die Kritik an neoliberalen Angriffen auf öffentliche Leistungen und die Betrachtung neuer Formen öffentlicher Aufgabenwahrnehmung, soll in der spw in den kommenden Ausgaben fortgeführt werden. ■

↳ Sebastian Jobelius, Politikwissenschaftler, lebt und arbeitet in Berlin.
 ↳ Reinhold Rünker, Historiker, lebt in Leichlingen und arbeitet als Journalist und Organisationsberater.
 Beide sind Mitglied der spw-Redaktion.

Absage an den Staat? | von Hans Peter Bull



Foto: Christian Kiel

» Misstrauen gegenüber dem Staat hat in der Sozialdemokratie Tradition, und dafür gibt es gute Gründe wie das Sozialistengesetz und später die brutale Ausschaltung jeglicher Opposition durch den NS-Staat. In der DDR, die sich in der Theorie auf sozialistische Werte bezog, haben wir erneut die Perversion der Staatsgewalt erlebt. Können wir wirklich vom Staat noch Unterstützung für die Ziele der sozialen Demokratie erwarten?

Meine Antwort ist: Ja. Ohne den Staat geht es nicht. Ohne den Staat geht nichts. Die obrigkeitliche, militaristische Tradition ist beendet. Heute müssen wir den Staat gegen ganz andere Kräfte verteidigen. Staatsablehnung entsteht heute aus der interessegeleiteten Kritik an dem angeblich zu perfekten Sozialleistungssystem und aus einer angeblichen Politik-, Parteien- und Staatsverdrossenheit der Menschen. Neoliberale Wirtschaftslehrer kleiden ihre grundsätzliche Ablehnung staatlicher Einflussnahme in die allseits beliebte Bürokratie-

kritik: amerikanische Staatstheoretiker predigen den „Minimalstaat“.

Die verbreitete „Politikverdrossenheit“ beweist freilich auch, dass die Erwartungen an den Staat nach wie vor hoch sind – manchmal sogar unerfüllbar hoch. Die Menschen, die auf dem Gebiet des deutschen Staates leben, fordern von ihm nicht nur Schutz gegen Angriffe auf ihre Rechtsgüter und gegen äußere Feinde, sondern vor allem Sicherung ihrer Existenz – und darüber hinaus vielfach die Sicherung ihrer Existenzgrundlagen, also z.B. der Chancen, sich erfolgreich wirtschaftlich zu betätigen. Der Staat soll soziale Sicherheit produzieren, Schutz gegen alle möglichen Lebensrisiken gewährleisten, Bildungsmöglichkeiten für alle garantieren, unterentwickelte und notleidende Wirtschaftszweige fördern und sogar einzelne Unternehmen vor dem Ruin bewahren. Er soll selbstverständlich BSE- und Gammelfleisch-Skandale verhindern und die Vogelgrippe eindämmen. Dass all diese Aktivitäten viel Geld kosten, der Staat also Steuern braucht, ist selbstverständlich, wird aber von vielen ebenso verdrängt wie die Tatsache, dass damit „Bürokratie“ gefordert wird. Denn eine erfolgreiche Überwachung riskanter Vorgänge ist ohne einen „bürokratischen“ Apparat nicht möglich – egal ob es um Lebensmittelproduktion und -distribution, um Epidemien und Seuchen oder spekulative Finanztransaktionen geht. Immer ist „Bürokratie“ nötig, nämlich exakte Rechtsnormen und Einrichtungen, die deren Einhaltung kontrollieren.

» Wenn wir uns seriös mit der notwendigen Rolle des Staates beschäftigen wollen, müssen wir also zunächst viel Ballast abwerfen und die gängigen Schlagworte ignorieren. Wir müssen fragen, welche Aufgaben heute und in Zukunft von den Individuen selbst und von gesellschaftlichen Gruppen wahrgenommen werden können, insbesondere welche Aufgaben die Unternehmen der Wirtschaft zufriedenstellend erfüllen können, und andererseits in welchen Zusammenhängen nur die gemeinschaftliche Aufgabenerfüllung sinnvoll

und notwendig ist, also die lenkende oder überwachende Tätigkeit des Staates (oder seiner öffentlich-rechtlichen Teilorganisationen), um einen generell zufriedenstellenden Zustand zu erreichen. „Zufriedenstellend“ kann hier übrigens eine Mehrzahl auch unterschiedlicher, ja konfligierender Ziele bedeuten. Zum Beispiel, ob wir lieber billige oder lieber „nachhaltige“, umweltgerechte, qualitätsvolle Produkte wollen. In der Sprache der ökonomischen Staatstheorie handelt es sich bei den Produkten, die wir nicht dem Markt überlassen wollen, um „öffentliche Güter“. In den Leitsätzen für ein neues Grundsatzprogramm der SPD sind sie definiert als diejenigen, die „der Logik des Marktes entzogen und bedarfsorientiert ausgerichtet sein sollten“.

Die Diskussion konzentriert sich an dieser Stelle regelmäßig sogleich auf die vermeintlichen „Kernaufgaben“ des Staates, also Herstellung von Sicherheit, Rechtsschutz, Schutz der wichtigsten individuellen und kollektiven Güter, Landesverteidigung, Diplomatie und wenigens mehr. Die anderen Aufgaben werden davon als „Gewährleistungsaufgaben“ abgesetzt, so dass sie als nachrangig erscheinen. Aber wir sollten genauer hinsehen. Zu den Aufgaben eines sozialen Staates gehört wesentlich mehr, als ein Minimum an Aufgaben intensiv zu erfüllen und den Rest nur „zweitklassig“ zu betreiben.

» Vor allen anderen Überlegungen steht die folgende Grundeinsicht: Wir sind allesamt von der Entwicklung der Wirtschaft abhängig und damit von Einflüssen aus aller Welt, die nur bei weltweit koordiniertem Handeln aller Staaten und Staatengemeinschaften so gestaltet werden können, dass Fortschritt und Gerechtigkeit herrschen. Dieses koordinierte Vorgehen ist bisher nicht erreichbar, mögen auch die UNO mit ihren Nebenorganisationen und die EU in diese Richtung wirken. Wenn wir aber der Wirtschaftsentwicklung und ihren Folgen – Wohlstandsverlust und Arbeitsplatzabbau – mehr oder weniger wehrlos ausgesetzt sind, muss der Nationalstaat oder die staatsähnliche Europäische Union für einen Ausgleich der Folgen sorgen. Der Staat muss das nötige „so-

ziale Netz“ aufbauen und erhalten, damit nicht diejenigen, die ohne eigenes Verschulden arbeits- und einkommenslos werden, ins Bodenlose fallen. Die Kosten des Sozialleistungssystems sind der Preis der ökonomischen Globalisierung und Rationalisierung. Nicht nur weil sonst soziale Unruhen ausbrächen, sondern aus dem Grundprinzip der Solidarität heraus müssen die Gewinner der Wirtschaftsentwicklung den Verlierern etwas abgeben, und der Staat ist dazu berufen, diese Kompensation über Steuern und andere Abgaben zu organisieren. Ein Teil der Kompensation mag auch über private Vorsorge der Beschäftigten möglich sein – ein Feld profitabler Aktivitäten von Versicherungen und anderen Finanzdienstleistern! –, aber es bleibt immer ein ganz großer Bereich, in dem nur die als Staat handelnde Allgemeinheit diesen Ausgleich vornehmen kann. „Marktradikale“ kündigen diese Solidarität auf – obwohl auch sie darauf angewiesen sein können.

Die Entsolidarisierung beruht vermutlich bei manchen auf der Vorstellung, jeder könne durch eigene Tüchtigkeit Erfolg haben. Ausgeblendet wird, wie viel in Wahrheit andere zu den Erfolgen des Einzelnen beitragen: Unverzichtbare Grundlage jeden Wirtschaftens ist die von der Allgemeinheit geschaffene Infrastruktur, ganz zu schweigen von Subventionen und Steuervergünstigungen, die der Staat (manchmal unsinnigerweise) gewährt.

» Was ist in dieser Lage zu tun? In den „Leitsätzen“ heißt es (unter IV. 2.): „Unsere Gesellschaft benötigt eine Übereinkunft darüber, welche öffentlichen Güter dem reinen Marktprinzip entzogen werden sollen“. Das ist in der Tat wünschenswert – obwohl wir in Gestalt der Verfassung im Grunde längst eine solche Übereinkunft besitzen. Anders formuliert, bedeutet der Satz, dass wir einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ abschließen sollten. Das Grundgesetz von 1949 ist offensichtlich nicht konkret genug, um diese Abgrenzung verbindlich vorzunehmen. Seine Auslegung ist umstritten, und selbst wo seine Aussagen klar sind, wird es nicht befolgt. Die Leitsätze nennen als nicht marktfähige öffentliche Güter „an vorderster Stelle Bildung, Gesundheit und Sicher-

heit“ und betonen, dass der Staat sie nicht selbst „herstellen“ muss, dass es vielmehr sinnvoller sein kann, wenn er „den Zugang der Menschen zu den öffentlichen Gütern gewährleistet und Räume für private Initiative öffnet“.

Damit wären wir wieder bei der Unterscheidung von „Kern-“ und „Gewährleistungsaufgaben“. Es ist zwar Voraussetzung für fast alle anderen Entwicklungen, dass die „Kernaufgaben“ auf dem Gebiet der inneren und äußeren Sicherheit erfüllt werden, also insbesondere Justiz und Polizei funktionieren, aber die übrigen Pflichten des Staates sind alles andere als unwichtig. Soziale Sicherung, Gewährleistung von Bildungschancen für alle, ja sogar die staatliche Förderung von Kunst und Kultur sind von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen. Eine wesentlich größere Zahl von Menschen ist in Schulen und Hochschulen tätig als in Rathäusern und Ministerien. In diesem Beitrag soll nicht versucht werden, alle in Betracht kommenden Aktivitäten unter der Frage zu erörtern, was staatlich sein soll und was privatisiert werden kann. Hierzu sei auf Ausführungen an anderer Stelle verwiesen. [Zuerst in: Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz, 2. Auflage und Studienausgabe 1977; zuletzt in: Absage an den Staat? vorwärts buch 2005.] Statt dessen soll die Problematik mit einigen Beispielen veranschaulicht werden.

» Aus Finanznot heraus haben Staat und Kommunen große Teile ihres Vermögens veräußert: Die Bundespost, zahlreiche Stadtwerke und öffentliche Verkehrsbetriebe wurden privatisiert, die Energiekonzerne beherrschen inzwischen den Strommarkt fast vollständig. Die Bundesbahn strebt mit Macht an die Börse, die Deutsche Flugsicherung sollte durch ein Bundesgesetz dem Zugriff des internationalen Kapitalmarktes anheim gegeben werden – nur der Bundespräsident hat diesen letzten Höhepunkt der Privatisierungswelle noch verhindert (und schon wollen einige deswegen die Verfassung ändern!).

Dass das früher in Behörden organisierte „Fernmeldewesen“ in ein privatwirtschaftlich, wettbewerbsfähig handelndes Unternehmen umgewandelt worden ist, war sicher richtig, aber dass z.B. die Deutsche Post als „Global Player“ Transportunternehmen in den USA und in Asien aufkauft, ist keineswegs zwingend. Die internationalen Dienstleistungen gäbe es auch ohne solche Expansionen (und gibt es bei nicht privatisierten Postunternehmen anderer Länder). Was hat die Oma in Husum oder der Handwerksmeister in Rendsburg wirklich von der „Globalisierung“ der Post? Dass die Deutsche Bahn ebenfalls dem Wettbewerb privater Bahngesellschaften ausgesetzt worden ist, kann den Reisenden nützlich sein; dass aber das Bahnvermögen des Bundes mitsamt dem unersetzlichen Schienennetz verkauft und den Launen der Börse ausgesetzt werden soll, leuchtet keineswegs ein. Als Grund wird der Finanzbedarf der Bahn für künftige Investitionen genannt; dass er angeblich nicht auf andere Weise befriedigt werden kann, ist ein Armutszeugnis für die Kreditwirtschaft. Ich halte den Börsengang der Bahn für eine Verschleuderung von Volksvermögen und fürchte, dass die Folgen ähnlich sein könnten wie bei der gescheiterten Eisenbahnprivatisierung in England.

» Geradezu skandalös ist der Fall der Deutschen Flugsicherung: Eine hoheitlich arbeitende Einrichtung, die dem Schutz von Menschenleben dient, wird kapitalprivatisiert, um „neue Geschäftsfelder“ zu eröffnen. Warum muss eine solche Einrichtung Gewinne erarbeiten? Entscheidend ist, dass die Aufgabe mit höchster Gewissenhaftigkeit wahrgenommen wird. Im Falle der Privatisierung ist das nicht mehr gewährleistet. Sollte die Flugsicherung tatsächlich veräußert werden, so könnte nicht länger behauptet werden, der Staat müsse auf seine „Kernaufgaben“ reduziert werden – er hätte diese Grenze dann nämlich schon unterschritten. Wenn das so weitergeht, muss man fürchten, dass die gemeinsame Organisation, die wir „Staat“ nennen, sich in eine Vielzahl von mehr oder weniger profitablen Wirtschaftsunternehmen auflöst. Diese würden mal gute und mal schlechte Leistungen erbringen, an der Börse gewinnen oder verlieren und im schlimmsten Fall

durch Missmanagement in Konkurs gehen oder mit öffentlichen Mitteln saniert werden müssen. Nicht ein „schlanker“ Arbeiter bliebe als Staat übrig, sondern ein „magerer“: einige Behörden und Agenturen für die Aufgaben, die kein Unternehmen ausführen möchte, und politische Organe, die sich über marginale Probleme streiten. Wie die allgemeinbildenden Schulen und die allgemein zugänglichen Hochschulen aussähen, wenn der Staat sie nicht mehr finanzieren könnte, möchte ich nicht ausmalen. Fest steht nur: Es gibt weder in Deutschland noch anderswo genügend private Schulen und Hochschulen, die für alle Bildungsfähigen zugänglich sind.



Wir haben allerdings auch Anlass zu der Hoffnung, dass es nicht ganz so schlimm kommen wird. Jedenfalls weisen die Leitsätze für das neue Grundsatzprogramm in die richtige Richtung. ■

⇨ Dr. jur. Hans Peter Bull, Professor für öffentliches Recht an der Universität Hamburg, er war u.a. Bundesbeauftragter für den Datenschutz (1978-1983) und Innenminister in Schleswig-Holstein (1988-1995). Der Text ist ein leicht gekürzter Beitrag zu dem Julius-Leber-Forum Soziale Demokratie „Öffentliche Güter – was ist des Staates?“ am 6. Oktober 2006 in Kiel.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN



Das Argument-Buch / Doppelheft kostet 22 Euro. Ein Jahresabo mit sechs Einzelheften gibt es für 52,50 Euro, ermäßigt 39 Euro (Studierende, Erwerbslose, Rentner), jeweils zzgl. Versand.

268 Großer Widerspruch China

Politische Ökonomie, Sozialstruktur und Recht

W.F.Haug, O.Negt, St.Schmalz, H.Cho, G.Lüthje, G.C.Delgado, R.Geffken, H.Peters

Arbeits- und Umweltskämpfe

A.Chan, R.Munro, M.Zhang, J.Harris, M.Li, D.J.Wen

Geschlechterverhältnisse

T.-H.Hong, B.Gransow, X.We, Ch.Wicherich, N.Spakowski

Ideologie und Politik

Th.Heberer, A.Senz, Th.Hock, Ch.Tian, D.Salomon, U.Eifer, Y.We

Kultur, Kunst und Lebensweise

W.Cao, H.Liu, E.Müller, F.Flörshheimer, X.Zhang, W.Haible u.a.m.

Argument Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, T: 030 611 39 83, F: -42 70, versand@argument.de, www.argument.de

Zwischen Wettbewerb und gesellschaftlicher Verantwortung

Über die Perspektiven der kommunalen Energieversorgung

von Oliver Wagner



Die Liberalisierungspolitik der EU hat die Energiewirtschaft in Europa und Deutschland tiefgreifend verändert. Viele Wirtschaftsexperten hatten der kommunalen Energiewirtschaft nicht zugetraut, jenseits geschützter Märkte bestehen zu können.

□ Verkauf des Tafelsilbers oder Gewinnen eines strategischen Partners?

Zwar kam es, vor allem in den ersten Jahren nach der Liberalisierung, vor, dass einige Stadtwerke aus Sorge vor einem fremdbestimmten Tod, den „selbstbestimmten Suizid“ wählten, das große Stadtwerkesterben blieb jedoch aus. Allerdings führten im Gefolge der Marktöffnung strukturelle Wettbewerbsvorteile des Großkraftwerks- und Verbundsystems sowie das Finanzierungsprivileg aus den nuklearen Rückstellungen zu einer „Entkommunalisierungswelle“ (Hennicke/Müller 2005, 136). Die großen Kraftwerksbetreiber nutzten ihre Rückstellungen, die eigentlich für den Rückbau der Kernkraftwerke gedacht waren, um ihre Marktmacht durch Zukauf kommunaler Unternehmen auszubauen. Teure, aber erfolglose Marketingkampagnen und der Aufbau neuer Vertriebswege, die darauf zielten, mehr Endkunden zu gewinnen, führten nicht zu der erhofften Wech-



Foto: Christian Kiel

selbereitschaft der Haushaltskunden. Der Kauf von oder die Beteiligung an Stadtwerken wurde somit für die Verbundwirtschaft zu einer „Strategie des Einkaufs von Vertriebswegen“.

Auch auf kommunaler Ebene wurde dem Verkauf des Tafelsilbers neben einer kurzfristigen Sanierung des Haushalts etwas Strategisches abgewonnen. Dort spricht man etwas euphemistisch auch gerne vom „Gewinnen eines strategischen Partners“, wohl auch, um unbeliebte und teilweise erfolgreich durchgeführte Bürgerbegehren gegen den Ausverkauf der kommunalen Unternehmen zu vermeiden. Insgesamt gab es bei mehr als 100 Stadtwerken einen Beteiligungswechsel, der zu einem maßgeblich gestiegenen Einfluss der großen Stromkonzerne auf die örtlichen Verteilunternehmen führte (Hennicke/Müller 2005, S. 137).

□ Fusionitis der großen Stromkonzerne

Bemerkenswert ist allerdings die „Fusionitis“ auf Seiten der Verbundwirtschaft. Vor der Liberalisierung gab es in Deutschland acht Verbundunternehmen. Zwischen 1998 und 2002 fusionierten die Muttergesellschaften von PreussenElektra (VEBA) und Bayernwerk (VIAG) zu E.ON. Das Essener RWE übernahm als größter deutscher Stromversorger die VEW aus Dortmund. Beim süd-

westdeutschen Stromversorger EnBW (1997 aus der Fusion von Badenwerk und Energie-Versorgung Schwaben hervorgegangen) erwarb der französische Staatskonzern EDF 34,5% der Anteile. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall zeichnete die Mehrheit bei der Hamburger HEW und beteiligte sich an Bewag und VEAG. Die Anzahl der auf Verbundebene in Deutschland tätigen Energieversorgungsunternehmen hat sich damit auf vier (E.ON, RWE, Vattenfall Europe, EnBW) halbiert. Folgende Landkarte der Verbundwirtschaft zeigt die Veränderung der Netzzugehörigkeiten.

Eine herausragende Rolle spielt die Verbundwirtschaft *nicht nur im Netzbereich*. Vor allem bei der Stromerzeugung hat sie eine marktbeherrschende Position. Dort verfügen die vier Verbundunternehmen über etwa 80%, die beiden größten von ihnen (das Duopol RWE und E.ON) über etwa 55% und RWE allein über etwa 31% der Erzeugungskapazitäten (Stand 2002). Die gesamte deutsche Erzeugungskapazität im Kernkraftwerksbereich wird von diesen Unternehmen gestellt. Aufgrund dieser Strukturmerkmale gelten sowohl das Duo als auch das Oligopol nach den Kriterien des Bundeskartellamtes (Konzentrationsfaktoren CR₂ und CR₃) als marktbeherrschende Akteure (Matthes et al. 2005, 7). An der Stromerzeugung in Deutschland hat das Oligopol dementsprechend einen marktbeherrschenden Anteil und kann damit maß-

geblich Einfluss auf die Gestaltung bzw. Entwicklung des (anlegbaren) Strompreises nehmen. Nicht zuletzt um an der Strombörse höhere Erlöse zu erzielen, war eine Verknappung des Stromangebots strategisches Ziel der Verbundwirtschaft.

□ Was hat nun die Liberalisierung der Energiewirtschaft gebracht?

» Gerne wird Liberalisierung mit einer Verbesserung der Marktzugangsmöglichkeiten gleichgesetzt, die in der Folge zu mehr Wettbewerb(ern) führt. Die bisherigen Liberalisierungsbestrebungen haben nachweislich zu einer Verstärkung der Marktmacht der vier großen Energieunternehmen geführt, der Oligopolbildung durch die Verbundstufe. Zwar war unmittelbar nach der Liberalisierung das Verhalten der Unternehmen untereinander vor allem durch einen (oligopolistischen) Preiswettbewerb gekennzeichnet. Mittlerweile stellt sich dieses Verhalten allerdings eher als „Übergangsphänomen“ dar, mit dem der drohende Marktzutritt anderer Akteure und ein Abwandern der Stadtwerke verhindert werden sollte (Monopolkommission 2004, S. 77). Mit dem Abbau der Überkapazitäten im Stromerzeugungsbereich konnte ein nahezu gleichzeitiger Anstieg der Strompreise beobachtet werden, der darauf schließen lässt, dass der kurzfristige



Foto: Christian Kiel

Preiswettbewerb einem abgestimmten Verhalten zwischen den Oligopolmitgliedern gewichen ist. Es geht um viel Geld, das benötigt wird, um international eine Rolle spielen zu können und um nicht selber zum Übernahmekandidat auf den globalen Energiemärkten zu werden.

Ungeachtet der oben beschriebenen Marktkonzentration hat die Freiheit der Kundinnen und Kunden, sich nun einen Energieversorger frei auswählen zu können, zu mehr Wettbewerb geführt. Nicht unberührt blieb davon die Art und Weise der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Vor allem eine Entwicklung hin zu Mischformen öffentlicher und privater Aufgabenwahrnehmung hat zu einer verstärkten Marktorientierung bei der Aufgabenerfüllung geführt.

□ Wofür brauchen wir noch Stadtwerke?

» Wenn die Bewältigung der Aufgabe, die Bevölkerung mit Energie zu versorgen, von privaten Aktiengesellschaften genau so gut und zuverlässig erledigt werden kann wie von öffentlichen Unternehmen, so stellt sich die Frage nach der Existenzberechtigung der kommunalen Energieversorgung. Wie entscheidend die Implementierung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die kommunale Energiewirtschaft in diesem Zusammenhang ist wird deutlich, wenn man einen Blick auf den „öffentlichen Zweck“ der wirtschaftlichen Betätigung wirft. „Nachhaltigkeit“ kann eine Antwort auf die sich immer stärker stellende Frage nach der Zukunft eines auf öffentlichen Zweck verpflichteten Unternehmens der Kommunalwirtschaft sein. Es wird zukünftig noch stärker darauf ankommen, die Existenzberechtigung der kommunalen Energiewirtschaft zu rechtfertigen, weil sich die ordnungspolitische Grundsatzfrage, welche wirtschaftlichen Bereiche allein der Privatwirtschaft vorbehalten sein sollten und welche Bereiche eine parallele Struktur erlauben, immer stärker stellen wird. So einigte sich kürzlich der Arbeitsausschuss der CDU/FDP-Koalition in NRW auf eine Änderung der Gemeindeordnung. Danach wird die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen künftig einge-

schränkt. Städten sind dann nur noch solche Aktivitäten erlaubt, die der „Daseinsfürsorge der Bürger“ dienen und „einen dringenden öffentlichen Zweck“ darstellen. Bestehende städtische Betriebe erhalten lediglich einen Bestandsschutz. Solche Änderungen an den Gemeindeordnungen sind nicht bloße Semantik, vielmehr verdeutlichen sie einen politischen Trend zur ordnungspolitisch gewollten Veränderung hin zu einer Gewährleistungskommune. In der Gewährleistungskommune entledigt sich die Kommune zwar nicht völlig ihrer kommunalen Aufgabenverantwortung, beschränkt sich jedoch auf eine Gewährleistungsverantwortung, indem sie die Erbringung öffentlicher Aufgaben delegiert bzw. privatisiert.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Forderung nach „Waffengleichheit“ oder „gleichen Spielregeln“ – zum Beispiel bei der Frage des „Örtlichkeitsprinzips“ – kommunaler und privater Unternehmen ein gefährliches Spiel. Denn käme es tatsächlich zu einer Angleichung des Ordnungsrahmens öffentlich-rechtlicher/kommunaler und privater Unternehmen, könnte dies zukünftig zu einem noch gravierenderen Legitimationsproblem der öffentlich-rechtlichen Unternehmen führen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und nach dem Gemeindeförderungsgesetz als Unterscheidungsmerkmal einen öffentlichen Zweck erfüllen müssen.

Um sich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und einer Mehrung des Gemeinwohls positiv von der Verbundwirtschaft abzuheben, haben manche Stadtwerke in den letzten Jahren bereits zahlreiche Möglichkeiten genutzt, sich strategisch neu zu positionieren. Im Zuge eines grundlegenden Strukturwandels haben es viele geschafft, sich erfolgreich den Herausforderungen des wettbewerblichen Umfeldes zu stellen und haben dabei die Ziele einer nachhaltigen Energieversorgung nicht aus den Augen verloren:

- Durch Energiedienstleistungsangebote und Förderprogramme zur Einsparung von Strom und Wärme, können die Energierechnungen der Kundinnen und Kunden reduziert,

- lokale Umwelt- und Vereinsaktivitäten können unterstützt,
- die Nutzung der örtlichen Potenziale regenerativer Energien (z.B. Windkraft und Biomasse) kann verstärkt und
- die umweltfreundlichen Nah- und Fernwärme in Siedlungsbereichen kann ausgebaut werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Während die Oligopolisten ihre Erzeugungskapazitäten abgebaut haben, haben vor allem Stadtwerke ihre Eigenproduktionskapazitäten ausgebaut. Eine Aufschlüsselung des Zubaus kleiner, meist kommunaler Stromproduzenten zeigt deutlich, dass diese ausschließlich im Bereich der erneuerbaren Energien bzw. der Kraft-Wärme-Kopplung investiert haben, während E.ON, EnBW, RWE und Vattenfall zwischen 2001 und 2004 vor allem in Braukohle betriebene Kraftwerke (1.400 Megawatt) und Pumpspeicherkraftwerke (1.100 Megawatt) investiert haben. Die kleineren Stromproduzenten (Stadtwerke und unabhängige Produzenten) haben im gleichen Zeitraum beachtliche 7.700 Megawatt an Nettostromerzeugungskapazität (6,5 % der Gesamtkapazität) neu installiert. Davon ist der größte Teil mit 7.400 Megawatt in Form von Windkraftanlagen entstanden, der Rest verteilt sich auf 100 Megawatt für Biomassekapazitäten und 200 Megawatt neue Gas und Dampf- (GuD) Heizkraftwerkskapazität (Pfeiffer, Jörg; 2005).

» » Fazit: Mit Blick auf die skizzierte energiepolitische Dominanz der Oligopolkonzerne stellt sich die Frage, ob der „gesellschaftliche Auftrag“ einer nachhaltigen und klimaschutzmotivierten Energieversorgung in Deutschland erreicht werden kann. Jedenfalls bedarf der seit 1998 in Gang gesetzte Liberalisierungsprozess künftig einer stärkeren ökologischen und sozialen Flankierung, um die Ziele einer nachhaltigen Energieversorgung erfüllen zu können. ■



Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive.
 Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und Studenten: 44,- €); zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabo-Preis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

www.Sozialismus.de

Bestellen:

Redaktion Sozialismus,

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/280 505 66, info@sozialismus.de

☞ Oliver Wagner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

☞ Literatur

Hennicke, Peter; Müller, Michael (2005) Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand, Stuttgart.

Kirsten, Nadja (2000): Zum Kauf empfohlen: Viele kommunale Versorger stehen unter Druck. Mannheim ging mit seinem Stadtwerk an die Börse. Energie Spezial, Die Zeit Nr. 19 vom 4. Mai 2000

Matthes C., Poetzsch S., Grashoff K. (2005): Power Generation Market Concentration in Europe 1996-2004. An Empirical Analysis; Öko-Institut e.V.; Berlin, Sep. 2005.

Monopolkommission (2004). Hauptgutachten „Wettbewerbspolitik im Schatten ‚Nationaler Champions‘“, Sonderthema „4. Wettbewerb in der Elektrizitätsversorgung“.

Pfeiffer, Jörg: Konzentration auf dem Deutschen Strommarkt 1994 - 2004, Institut für Wirtschaftswissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg, IWE Working Paper, Nr. 02 2005.

Schiffer, Hans-Wilhelm (2002): Energiemarkt Deutschland.

Wagner, Oliver; Kristof, Kora (2002): Energiernahe, ökoeffiziente Dienstleistungen kommunaler Energieversorger im wettbewerbliehen Umfeld. In: Bosch, Gerhard (Hrsg.): Die Zukunft von Dienstleistungen: ihre Auswirkung auf Arbeit, Umwelt und Lebensqualität. - Frankfurt/Main [u.a.] : Campus-Verl., 2002, S. 422-452.

Wagner, Oliver (2006): Energiewirtschaft im Strukturwandel. Perspektiven der kommunalen Energieversorgung. RaumPlanung128, S. 222 - 224, Oktober 2006, Dortmund.

Foto: Christian Kiel



Privatisierungs- diskussion und öffentliche Verantwortung

von Ingeborg Junge-Reyer



» Die Diskussion um die Abgrenzung öffentlicher Aufgaben und privatem Engagement ist zu einem zentralen und umstrittenen gesellschaftspolitischen Thema geworden. Dabei geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Folgen hat die Privatisierung öffentlichen Eigentums für die Gestaltungsfähigkeit der Politik? Was bedeutet die öffentliche Verantwortung vor dem Hintergrund von Privatisierung?

In Berlin war die Diskussion über Privatisierungsmaßnahmen von Beginn an verknüpft mit der schwierigen Haushaltslage. Das Erbe der geteilten Stadt – verbunden mit überproportionalen Personalkosten, teilungsbedingten Sonderlasten vor allem im Wohnungsbau und die geerbte Infrastrukturausstattung für zwei „Frontstädte“ – zwangen das Land ab der Mitte der 60er Jahre zu drastischen Haushaltssanierungsmaßnahmen und zur Veräußerung von landeseigenen Unternehmungen. Heute ist z.B. die Bewag Aktiengesellschaft & Co. KG eine 100-prozentige Tochter der Vattenfall Europe AG. Auch die im Besitz des Landes Berlin ist heute ein rein privates Unternehmen: Im Jahre 1998 verkaufte das Land Berlin seine Anteile an den städtischen Gaslieferant GASAG an Gaz de France und Bewag. Im Zuge der Bewag-Privatisierung teilen sich heute Gaz de France (31,575%), Vattenfall Europe AG (31,575%) und Thüga AG (36,85%) die Anteile. Im Unterschied zu Bewag und GASAG wurden die Berliner Wasserbetriebe 1999 nur teilprivatisiert. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB), ein Unternehmen der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft, sind eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Führungsgesellschaft der Berlin-

wasser Gruppe ist die Berlinwasser Holding AG. Hinter dieser Gesellschaft stehen neben dem Land Berlin, das eine Mehrheitsbeteiligung von 50,1% hält, *der deutsche Konzern RWE und der französische Wasserversorger Veolia* mit jeweils 24,95%. Im Gesetz zur Teilprivatisierung der Berliner Wasser-Betriebe erfolgte eine Reihe von Festschreibungen zu Gunsten der Stadt, den Kunden und Beschäftigten, umstritten sind allerdings zunehmend *Fragen der Unternehmensrendite und der Tarifgestaltung.*

□ Wohnungsbaugesellschaften verkaufen oder nicht verkaufen?

» Einen Sonderfall stellen die Berliner Wohnungsbaugesellschaften dar. Das Land Berlin verkaufte 2004 die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) an die US-Fondsgesellschaft Cerberus und den *Whitehall-Fonds der US-Investmentbank Goldman & Sachs.* Heute besitzt und bewirtschaftet die GSW über 65.000 Wohnungen in fast allen Stadtbezirken außer Marzahn, Hellersdorf, Tempelhof und Neukölln. Ebenso wurde die landeseigene GEHAG verkauft. Gegenwärtig befinden sich noch etwa *270.000 Wohnungen in öffentlichem Besitz.* In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Die Linke.PDS wurde festgelegt, einen Bestand in dieser Größenordnung als unabdingbares Instrument der Daseinsvorsorge zu erhalten, Blockverkäufe an Investmentgesellschaften werden ausgeschlossen.

Gleichwohl gibt es eine intensive öffentliche Debatte, zumal Berlin gegenwärtig einen bisher nicht gekannten Boom auf dem Immobilienmarkt erlebt. Für Viele stellt sich die verlockende Frage, *inwieweit sich Berlin nicht dem Dresdner Beispiel anschließen sollte und mit dem Verkauf der vorhandenen öffentlichen Wohnungen einen Teil des Schuldenberges von über 60 Milliarden Euro abzutragen, der auf der Stadt lastet.* Die Antwort ist nicht einfach, zumal nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19.10.2006 Berlin keine *Sanierungshilfen von Bund und Ländern erwarten kann.*

Gleichwohl sprechen gewichtige Gründe gegen einen Ausverkauf des öffentlichen Wohnungsbestandes. *Notwendiger Stadtumbau ist eine Aufgabe, die die Handlungsfähigkeit einzelner und privater Akteure oft übersteigt.* Der demografische Wandel erfordert eine Anpassung an veränderte Bedürfnisse und Nachfragen. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Situation einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen am Wohnungsmarkt *angesichts fortdauernder Arbeitslosigkeit und wachsender Integrationsprobleme weiter verschärft.* Wohnungspolitik muss sich dabei mit den Folgen einer zunehmenden räumlichen Trennung von Haushalten unterschiedlicher Einkommensgruppen, sozialer Zusammensetzung und Integrationsstufen auseinandersetzen. *Ohne konsequente Gegenmaßnahmen entmischen und verändern sich ganze Stadtgebiete.* Vor diesem Hintergrund ergeben sich besondere Aufgaben der kommunale Wohnungswirtschaft, um die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit stadtpolitischen Zielen zu *koordinieren.* Wohnungsbaugesellschaften im öffentlichen Besitz sind deshalb unverzichtbare Instrumente zur zukünftigen Steuerung des Wohnungsmarktes.

Jenseits dieser Überlegungen muss befürchtet werden, dass die *Geschäfte mit den Wohnungen mittelfristig zu einer schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt führen können.* Die internationalen Investorengruppen, die derzeit das Immobiliengeschäft bestimmen, sind an Renditen orientiert, die sich aus der Bewirtschaftung der *Wohnungen selbst nicht ergeben.* Die Folgen liegen auf der Hand: *Schneller Weiterverkauf, „Rosinenpickerei“, Abbau des Bewirtschaftungspersonals, Absenkung der Kosten – so bei der Pflege und Instandhaltung.* Inwieweit eine solche Entwicklung das Mietniveau mit beeinflusst, ist dabei *noch nicht berücksichtigt.*



□ PPP-Projekte – was geht und was geht nicht?

» Neben der Privatisierung spielen in der Debatte seit einigen Jahren unterschiedliche Formen des Public-private Partnership eine Rolle. Die Palette der Themen reicht heute vom Betrieb von Freibädern oder Wasserwerken bis zur Übertragung von hoheitlichen Aufgaben wie von Polizeiaufgaben auf spezialisierte private Schutzdienste. Auch für Berlin hat die Diskussion um ein neues Verhältnis von staatlichen Aufgaben und privatem Engagement eine grundsätzliche Bedeutung, war die Stadt in Ost wie in West doch über Jahrzehnte eine „Festung“ des rein staatlich dominierten Wirtschaftens und Bauens. Bisher beschränken sich allerdings die Erfahrungen auf einzelne Projekte, die allerdings durchaus nützlich für die Debatte um den Nutzen von PPP-Projekten sein können.

□ Beispiel 1: Tiefgarage Bebelplatz

» Seit Mitte der 90er hat das Land Berlin konkrete Schritte eingeleitet, um mit privater Finanzierung den Bau, den Betrieb und die Bewirtschaftung einer Tiefgarage im Bereich der Deutschen Staatsoper zu ermöglichen. Auf der Seite des privaten Unternehmens lagen die Berechtigung und Verpflichtung, eine zweigeschossige Tiefgarage mit ca. 450 Stellplätzen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Hinzu kam, auf seine Kosten einen direkten Zugang zur Deutschen Staatsoper zu errichten. Darüber hinaus wurde der Erhalt des Denkmals für die Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz vereinbart.

Das Land Berlin verpflichtete sich, die in diesem Gebiet vorhandenen 385 Parkplätze aufzugeben, um die Rentabilität der Tiefgarage zu gewährleisten. Diese Verpflichtung lag sehr wohl auch im Interesse Berlins, weil dadurch das Umfeld der historischen Bauten entlastet werden konnte und die Voraussetzungen für die Umgestaltung des Forum Fredericianum geschaffen wurden. Darüber hinaus wurden vom Land Berlin insgesamt 20 Mio Euro

für Arbeiten auf dem Bebelplatz selbst aufgewandt. Das Beispiel Bebelplatz ist ein gelungenes Beispiel für diese Form der Kooperation, weil sich hier das öffentliche Interesse an einer Neugestaltung eines zentralen Ortes in der historischen Mitte mit dem ökonomischen Interesse eines privaten Unternehmens verbindet.

□ 2. Beispiel: Beseitigung des Autotunnels am Breitscheidplatz

» Die Verfüllung und Beseitigung des in den 70er Jahren gebauten Autotunnels am Breitscheidplatz wurde in gemeinsamer finanzieller Verantwortung vom Land Berlin mit den anliegenden Investoren durchgeführt. Dieses Projekt ist gerade deshalb bemerkenswert, weil hier keine Infrastruktur entsteht, deren Verwertung sich monetär bemessen lässt. Die win-win-Situation bezieht sich auf die Aufwertung der städtebaulichen Situation des Breitscheidplatzes, die im Interesse des Landes Berlin liegt, um diesen wichtigen innerstädtischen Platz wieder attraktiv herzurichten. Die Maßnahme liegt gleichermaßen im Interesse der Investoren, die von der Aufwertung der städtebaulichen Situation unmittelbar profitieren.

□ 3. Beispiel: Privatisierung von Lichtsignalanlagen

» Hier wird eine hoheitliche Aufgabe – die Verantwortung des Staates für die Verkehrssicherungspflicht – mit der Übertragung technischer Fragen an einen privaten Träger verknüpft. Ziel dieses Projektes ist, die Aufwendungen für den Betrieb und die Instandhaltung zu mindern. Darüber hinaus geht es in diesem Projekt um die Modernisierung von insgesamt etwa 600 technisch veralteter Ampelanlagen. In der Ausschreibung waren die Bewerber aufgefordert worden, die möglichst schnelle Modernisierung der alten Ampelanlagen zu einem festgelegten Budget zu gewährleisten. Die Schaltung der Ampeln selbst verbleibt in der Organisation des Landes, d.h. in der Verantwortung der Verkehrslenkung Berlin.

□ Gibt es „Regeln“ für Privatisierungsverfahren?

Es gibt keine einfache Antwort auf die Frage, wo die Grenze zwischen öffentlicher Verantwortung und privatem Engagement verläuft. Schon gar nicht gibt es ein verlässliches Regelwerk. Die Erfahrungen zeigen, dass es sehr stark auf den konkreten Einzelfall ankommt, ob sich Privatisierungsmaßnahmen positiv oder negativ auf die Gesellschaft auswirken. Das liegt zum einen an den unterschiedlichen rechtlichen Bedingungen und zum anderen an dem Zusammenspiel der Akteure auf staatlicher Seite wie auf privater Seite. Dennoch kann man einige grundsätzliche Überlegungen anstellen, die die Richtung einer weitergehenden Diskussion begleiten können:

Privatisierung ist kein verlässliches Instrument der Kostenreduzierung. Es gibt zwar Beispiele für erfolgreiche Privatisierungen aus Sicht des Staates, eine allgemeine direkte Korrelation zwischen Effizienz und Erfolg von Unternehmen und den Eigentumsverhältnissen ist nicht nachweisbar.

Auch die unterschiedlichen Formen von Public-Private Partnership sind keine echten Finanzierungsinstrumente für fehlende oder erwünschte (aber nicht bezahlbare) öffentliche Infrastruktur. Kaum kalkulierbare Finanzierungszeiträumen schränken öffentliche Haushalte erheblich in ihrer Handlungsmöglichkeit ein, weil sie langfristig Ausgaben binden. Sie sind darüber hinaus mit hohem Risiko behaftet, weil sehr häufig die Eigentumsverhältnisse auf der Seite der privaten Partner wechseln.

Privatisierungsprozesse erfordern einen starken und intelligenten Staat. Die Begleitung von Privatisierungsprozessen und die Steuerung von übertragenen Aufgabenbereichen brauchen einen starken Staat: Privatisierung braucht gleichzeitig Regulierung. Der Staat muss sich daher Rahmenkompetenzen erhalten und konkretisieren, um notfalls das Versagen eines Unternehmens aufzufangen zu können.

Wer privatisieren will, muss sich professionalisieren: Hierzu gehört die Bildung von Kompetenzstrukturen in der Verwaltung und in den Parlamenten wie die Einbindung von externem Wissen über „Hochleistungsbüros“.

Das Vorhandensein von Wettbewerb ist eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg von Privatisierung. Monopolistische Strukturen, d.h. die Akkumulation von Marktmacht, setzt Wettbewerbsmechanismen außer Kraft und führt in der Regel zu Preissteigerungen oder auch Qualitätseinbußen. Insbesondere ist deshalb die Privatisierung von einigen netzgebundenen Dienstleistungen problematisch. Das Wettbewerbsprinzip muss mindestens durch periodische Neuausschreibung und damit auch Überprüfung von Leistungen gewährleistet werden.

Die Demokratie darf keinen Schaden nehmen. Dafür ist es neben der Transparenz von Entscheidungen erforderlich, dass Entscheidungen rückholbar sind, dass der Staat sich Eingriffsmöglichkeiten sichert, dass es eine periodische Überprüfung und Neuvergabe von Leistungen gibt, die hoheitlich beim Staat liegen.

Problematisch bleibt, dass Bürger und Bürgerinnen sich bei manchen Modellen der Privatisierung in entscheidenden Bereichen (Kalkulationen, z.B. Abschreibungen für zukünftige Investitionen) nicht mehr im Rahmen ihrer demokratischen Möglichkeiten an den Staat wenden können. Privatisierungsmodelle sind daher immer auch ein Aushandlungsprozess und erfordern ein Gesamtkonzept, in dem sich die Interessen aller Beteiligten wieder finden. ■

☞ Ingeborg Junge-Reyer (SPD) ist Berliner Senatorin für Stadtentwicklung.



Foto: Christian Kiel

Der öffentliche Sektor als „Wettbewerbsverzerrung“

Kommunale Unternehmen
müssen sich nicht nur gegen
Wettbewerber behaupten

von Ulf-Birger Franz

Am Anfang des Jahres 2007 diskutiert die Öffentlichkeit in Deutschland lebhaft die Frage, wie die Marktmacht der großen Energiemonopole und das damit verbundene Preisdiktat durch die Unternehmen gebrochen werden kann. 15 Jahre nach Beginn der großen Deregulierungs- und Privatisierungswelle, die für mehr Wettbewerb und günstigere Preise sorgen sollte, folgt nun der Offenbarungseid. Das Stück ist ein Lehrstück. Insbesondere die Privatisierung von regionalen Energieversorgern und Stadtwerken und die damit verbundene Veräußerung der bis dahin öffentlich kontrollierten Netze hat verheerende Folgen gehabt. Allein RWE und e.on sind heute an 210 regionalen Versorgern in Deutschland beteiligt. Diese Beteiligungen sind Vertriebskanäle für die Kraftwerkskapazitäten der großen Energiekonzerne. Auf diese Weise kontrollieren RWE, e.on, Vattenfall und EnBW heute über 80% des deutschen Strommarktes (siehe auch den Beitrag von Oliver Wagner). Dass sich diese Entwicklung in

anderen Branchen wiederholt, ist durchaus möglich. Denn ein beachtlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge steht zum Verkauf oder wurde bereits veräußert. Weniger allerdings aus ordnungspolitischen Überlegungen, sondern aus purer Finanznot der öffentlichen Hand. Allein die Kommunen haben im Jahr 2005 Vermögen im Wert von 5,7 Mrd. Euro privatisiert. Vom Jahr 2003 auf das Jahr 2004 sind 61.000 Arbeitsplätze von der kommunalen in die Privatwirtschaft gewechselt (vgl. Schmid 2006). Das Land Berlin hat innerhalb von zehn Jahren 200.000 Wohnungen verkauft, Dresden vor kurzem den gesamten kommunalen Wohnungsbestand mit insgesamt 100.000 Mietern. Die Liste ließe sich fast unendlich verlängern, dazu kommen umfangreiche Privatisierungen von Landes- und Bundesvermögen.

□ Das Prinzip „Privat vor Öffentlich“

Der Rückgang kommunalen Einflusses auf die Daseinsvorsorge ist zwar in erster Linie finanzpolitisch bedingt, für viele allerdings auch ordnungspolitisch höchst willkommen und wird mittlerweile umfassend rechtlich flankiert. Bis weit in die Sozialdemokratie hinein existiert die Vorstellung, die Privatwirtschaft sei per se leistungsfähiger und kostengünstiger als kommunale Unternehmen. Entsprechend wird der Privatwirtschaft im kommunalen Wirtschaftsrecht fast aller Bundesländer ganz offiziell der Vorrang vor wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommunen eingeräumt. Als Subsidiaritätsprinzip werden die gesetzlichen Vorschriften bezeichnet, die der öffentliche Hand verbieten dort wirtschaftlich aktiv zu werden, wo dies ein privater Investor genauso gut kann. Mit anderen Worten: Dort wo sich Geld verdienen lässt, haben private Anbieter Vorrang und dürfen kommunale Unternehmen nicht konkurrieren. Die Kommunen sollen sich auf verlustbringende Dienstleistungen konzentrieren, an denen Private kein Interesse haben. Im Rahmen des Bestandsschutzes sind allerdings bestehende Aktivitäten und Beteiligungen von diesen Regelungen ausgenommen.

In diesem Zusammenhang werden auch die Finanzierungsquerverbünde der Kommunen, die ein wesentlicher Baustein der kommunalen Infrastruktur sind, in Frage gestellt (vgl. Kersting 2006). Bisher wird beispielsweise ein wesentlicher Teil des (defizitären) öffentlichen Nahverkehrs in Deutschland durch die Gewinne der Stadtwerke querfinanziert. Wenn diese Finanzquelle wegfallen würde, wären massive Einschnitte in das Angebot die logische Folge. Das Prinzip der Quersubventionierung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung einer attraktiven und preiswerten öffentlichen Infrastruktur insbesondere in den Großstädten. Werden den Kommunen gewinnbringende Aktivitäten untersagt, stehen anschließend sofort die mit Zuschussbedarf auf dem Prüfstand. Was für jeden kommunalpolitisch Interessierten eine banale Erkenntnis ist, ist für die Europäische Kommission allerdings eine Wettbewerbsverzerrung.

Ziel der europäischen Wettbewerbsbehörden ist ein verschärfter Wettbewerb um die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen und eine Ausweitung der Ausschreibungspflicht für Kommunen. In möglichst vielen Fällen sollen private Anbieter zum Zuge kommen. Das „Halle-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Januar 2005 verlangt z.B. eine öffentliche Ausschreibung für die Vergabe an ein kommunales Tochterunternehmen, wenn an diesem private Minderheitsgesellschafter beteiligt sind. Dies erschwert öffentlich-private Kooperationsformen und bedeutet in der Konsequenz, dass Kommunen, die eine Wirtschaftsfördergesellschaft mit Beteiligung ihrer Sparkasse oder eine Stadtmarketinggesellschaft unter Einschluss des lokalen Einzelhandels gründen, Aufträge an diese Tochtergesellschaften eigentlich im Wettbewerb ausschreiben müssten.

Die wettbewerbsorientierte Ausrichtung der EU-Kommission zieht sich auch durch andere Bereiche und folgt der einheitlichen Logik, dass es (fast) keine wettbewerbsfreien Räume geben darf. Ein öffentlicher und gemeinnütziger Sektor existiert in dieser Denkweise nicht. Noch gelingt es allerdings politisch, die Vorstöße der EU-Wettbewerbsbehörden abzuschwächen. Auch das Europäische Parlament hat das „Recht auf Eigenproduktion“ durch die Kommunen betont (14.1.2004). Der Versuch der Kommission, den Schutz des Namen „Sparkasse“ als öffentlich-rechtlicher Institution abzuschaffen, konnte abgewehrt werden.

Die Strategie, den öffentlichen Sektor den Regeln der Privatwirtschaft zu unterwerfen, hat mittlerweile auch das Bundeskartellamt erreicht. Die Behörde hat im letzten Jahr ein Fusionskontrollverfahren gegen das Klinikum der Region Hannover angestrengt, das im Zuge einer kommunalen Gebietsreform durch Landesgesetz aus den Krankenhäusern der Landeshauptstadt und des Landkreises Hannover entstanden ist. Zwar wurde die „Fusion“ gestattet, da im Raum Hannover keine marktbeherrschende Stellung eintrete, das Amt bekräftigte in der Entscheidung jedoch die eigene Zuständigkeit für die kartellrechtliche Überprüfung kommunaler Gebietsneugliederungen (vgl. Bundes-



kartellamt 2006). Die Logik ist perfide: Werden zwei Nachbarkreise zusammengelegt, dann fusionieren ihre Tochterunternehmen. Handelt es sich beispielsweise um eine ländliche Region ohne private Wettbewerber für die Kreiskrankenhäuser, dann entsteht eine marktbeherrschende Stellung auf diesem Markt (bisher haben in dieser Sichtweise die Nachbarkreise konkurriert) und das Kartellamt könnte als Auflage für die „Fusion“ die Veräußerung mindestens eines der Krankenhäuser an einen privaten

Dass dennoch Kommunen diesen Weg beschreiten, hat mit den Verheißungen des großen Geldes zu tun. Durch Privatisierungen entstehen kurzfristig große finanzielle Handlungsspielräume für die Amtsinhaber, die die Realisierung spektakulärer Prestigeprojekte ermöglichen. Mit den negativen Folgen der Privatisierungen können sich dann die Nachfolger herumschlagen. Bei den Privatisierungen geht es fast immer um die Veräußerung an große multinationale Konzerne, die sich nicht nur bürgerschaftlichem Einfluss entziehen, sondern darüber hinaus eine Marktmacht aufbauen. So wird der Bürger vom Kunden zur Geisel, die ohne Alternative ist und abhängig von Angeboten und Preisen von Monopolunternehmen.



Foto: Christian Kiel

Die Attraktivität öffentlicher Unternehmen und Infrastruktur für die Investoren ergibt sich gerade aus dieser Monopolstellung. Kommunale Unternehmen genießen in der Regel ein positives Image, haben einen hohen Marktanteil und eine starke Identifikation der Kunden. Diese Sonderstellung macht sie so wertvoll – und die Tatsache, dass sie zumeist grundlegende und lebensnotwendige Dienstleistungen für das Funktionieren des Gemeinwesens anbieten, die auch im Zuge des Strukturwandels nicht überflüssig werden. Krankenhäuser, Wohnungen, Wasser und Abwasser, ÖPNV und Abfallentsorgung werden immer gebraucht.

Dritten verlangen. Würden sich große private Klinikkonzerne wie Asklepius oder Rhön Kliniken auf diese Weise weiter ausbreiten können, dann wäre das eine Perversion des Auftrags des Bundeskartellamts. Es wird Zeit, dass der Bundesgesetzgeber dem einen Riegel vorschiebt.

Oftmals verwundert es, warum sich Privatisierungen in den Kommunen durchsetzen lassen und sich die politisch Verantwortlichen umgarnen lassen. In diesem Zusammenhang sollte die kommunalpolitische „Beratungs- und Betreuungsstruktur“ der im Bereich der Daseinsvorsorge tätigen Konzerne nicht unterschätzt werden. Kaum ein Großunternehmen, das in diesem Bereich aktiv ist, kommt ohne ehemalige Spitzenpolitiker verschiedener Couleur aus, die auf Entscheidungsträger angesetzt werden. Florian Gerster ist für Fortress aktiv, Friedhelm Merz für Apellas und RAG, Lothar Späth für Merrill Lynch. Offensichtlich für alle Seiten ein lukratives Geschäft.

□ Der Kampf um das Tafelsilber

Die bisherigen Privatisierungen kommunaler Unternehmen haben in vielen Fällen die Erwartungen nicht erfüllen können. Kurzfristigen Einnahmen stehen zumeist dauerhafte Einnahmeausfälle gegenüber und versprochene Standards werden oftmals nicht eingehalten. Sind eigene Unternehmen und das entsprechende Know-how allerdings einmal aus der Hand gegeben, dann sind Kommunen abhängig von privaten Anbietern und deren Leistungsangebot.

□ Kommunale Unternehmen werden sich im Wettbewerb behaupten

Mittlerweile haben sich schlechte Erfahrungen mit Privatisierungen herumgesprochen und einige Kommunen versuchen, das Steuer noch einmal herumzureißen. Die Stadt Potsdam hat ihren lokalen Wasserversorger zurückgekauft, zahlreiche (auch sehr kleine) Kommunen gründen neue Stadtwerke und erwerben die lokalen Gas- und Stromnetze. Der Wert kommunaler Unternehmen wird häufig erst bewusst, wenn es zu spät ist. Und so sind die Vorteile starker kommunaler Unternehmen in den letzten Jahren auch wieder stärker ins Bewusstsein der Entscheidungsträger gedrungen. Im Zuge des allgemeinen Rückgangs privater Sponsoringmittel steigt die Bedeutung der öffentlichen Unternehmen (z.B. der Sparkassen) für die Unterstützung von Kultur und Sport vor Ort. Ihre wirtschaftliche Bedeutung ist auf Grund der schwachen Wirtschaftsstrukturen insbesondere in Ostdeutschland groß, sie sind ein wichtiger Beschäftigungsfaktor und bilden im Gegensatz zu Privaten weiterhin vorbildlich aus. Kommunale Unternehmen beauftragen häufig lokale Zulieferer, investieren nachhaltig und mit langfristigen Interesse am Standort. Sie haben eine soziale und auch städtebauliche Verantwortung, die man bei Privatunternehmen nur ganz selten finden wird.

Zur Veränderung des Blickwinkels haben in den letzten Jahren auch die bislang verschleierte Mehrkosten der Privatisierungen beigetragen. Auftragsvergaben an Private erfordern hohe Kontroll- und Transaktionskosten für Beratung, Ausschreibung und Leistungskontrolle. In vielen Verwaltungen fehlt die Kompetenz, die komplexen Vertragswerke zu gestalten und zu überwachen und Kommunen machen die Erfahrung, dass sich die Beraterhonorare summieren (vgl. Rügemeier 2006, S. 154 ff.). Das gleiche gilt auch für Public Private Partnerships (PPP), die in Einzelfällen sinnvoll sein können, aber in ihren Wirkungen lange Zeit überschätzt wurden.

Kommunale Unternehmen haben eine gute Perspektive, wenn sie lokal verankert sind und sich

auf ihre Stärken, insbesondere die hohe Identifikation der Bevölkerung mit den Unternehmen, stützen. Damit sich kommunale Unternehmen nicht verselbstständigen, müssen die politisch Verantwortlichen klare Transparenz- und Verhaltensmaßstäbe definieren. Es werden auch weiter neue kleine Unternehmen entstehen, u.a. durch die Re-kommunalisierung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen, in denen private Anbieter nur zu völlig überhöhten Kosten aktiv werden. Nicht nur dort wird darüber hinaus der Aufbau gemeinschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlicher Initiativen an Bedeutung gewinnen.

Fast alle größeren Kommunen in Deutschland erzielen mit ihren Beteiligungsunternehmen trotz Gemeinwohlorientierung und starker sozialer Verpflichtungen unter dem Strich Gewinne. So schlecht können die kommunalen Unternehmen also nicht aufgestellt sein. ■



Foto: Christian Kiel

☞ Ulf-Birger Franz, Hannover, Leiter des Beteiligungsmanagements der Region Hannover, Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Hannover.

☞ Literatur

- Bundeskartellamt (2006): *Verwaltungsverfahren Region Hannover, Klinikum Region Hannover GmbH, Landeshauptstadt Hannover*. 3. Beschlussabteilung, B 3 - 1001/06.
- Europäische Kommission (2003): *Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse*. 21. Mai, KOM(2003) 270 endgültig, Brüssel.
- Kersting, Norbert (2006): *Interkommunale Kooperation oder Wettbewerb? In: Kommunen im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 21/22-2006)*.
- Rügemeier, Werner (2006): *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz*. Münster.
- Schmid, Klaus-Peter (2006): *Alles muss raus*. In: ZEIT online, 22.6.2006. <http://www.zeit.de/2006/26/Priv-Flucht-ins-Private>.



Foto: Christian Kiel

Die Privatisierung kommunaler Betriebe ist kein Patenzrezept!

Interview mit Christian Ude



spw: Welche Bedeutung haben kommunale Unternehmen für eine Stadt wie München?

„**Christian Ude:** Gesunde kommunale Unternehmen sind für die Städte von unschätzbarem Wert. Die Münchner Stadtwerke beispielsweise gewähren nicht nur Versorgungssicherheit bei Strom, Gas und Fernwärme, sie bieten auch allerbeste Wasserqualität zum günstigsten Preis, eine attraktive Bäderlandschaft, die ihresgleichen sucht und einen Öffentlichen Personennahverkehr, dessen Angebot ständig bis auf den heutigen Tag weiter ausgeweitet und verbessert wird.

Daneben zahlen sie eine Konzessionsabgabe von beachtlichem Umfang an die Stadt, führen Gewinne ab und gehören zu den besten Gewerbesteuerzahlern. Andere Unternehmen sind zwar nicht so lukrativ für die Stadt, aber genauso bedeutsam, beispielsweise die Wohnungsbaugesellschaften, die das wichtigste wohnungspolitische Instrument der Stadt darstellen und kräftig mit-helfen, den Wohnungsmangel zu bekämpfen und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen mit Wohnraum zu versorgen. In den städtischen Krankenhäusern kann die Stadt ihre Gesundheitspolitik realisieren, in den städtischen Altenheimen ihre Altenpolitik, in der Volkshochschule ihre Vorstellungen von Erwachsenenbildung.

□ **Städte dürfen nicht zu Reklamationsabteilungen verkommen**

Wenn den Städten diese Instrumente zur Gestaltung der Stadtpolitik aus den Händen gewunden werden, verkommen sie zu Reklamationsabteilungen internationaler Konzerne, die irgendwo fern der Heimat ihre Versorgungs- oder Verkehrsunternehmen, ihre Krankenhäuser und Altenheime und Bildungseinrichtungen steuern. Der Funktionsverlust der Städte ist atemberaubend, wenn sie sukzessive ihre kommunalen Unternehmen verlieren.

spw: Können nicht private Unternehmen viele Leistungen genauso gut erbringen? Was macht die Qualität der kommunalen Wirtschaft aus?

„**Christian Ude:** Natürlich sind private Unternehmen nicht grundsätzlich schlechter! Aber auch nicht grundsätzlich besser! Für eine kleinere Stadt ist es durchaus eine offene Frage, ob sie den Busverkehr selber organisieren soll oder lieber eine Privatfirma damit beauftragt. Aber wo die Städte über Generationen hinweg zum Beispiel Verkehrsbetriebe aufgebaut haben, empfinde ich es als skandalös, wenn diese Unternehmen plötzlich ihren Wert verlören, weil die Städte zur Ausschreibung ihrer Verkehrsleistungen gezwungen werden, wo dann immer private Billiganbieter auf ihrem niedrigeren Lohnniveau den Zuschlag erhalten müssen. Deshalb haben wir, die Städte und

Gemeinden, dafür gekämpft, dass die europäische Verkehrsrichtlinie die Marktöffnung nicht zwingend verlangt, sondern den Städten unter bestimmten Bedingungen das Recht belässt, den ÖPNV selbst durchzuführen. Hier war die Unterstützung von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee sehr wertvoll.

spw: Viele kommunale Unternehmen sind intransparent oder haben den Hang, sich zu verselbständigen. Brauchen wir eine neue kommunale Unternehmenskultur oder einen Corporate Governance Codex, wie ihn sich z.B. die Stadt Stuttgart gegeben hat?

„**Christian Ude:** Sicherlich ist bei vielen öffentlichen Unternehmen noch mehr Transparenz und vor allem mehr Effizienz erforderlich. Viele haben in Zeiten des Monopols Fett angesetzt oder noch immer ein obrigkeitliches Verhältnis zum Kunden. Viele Kritik an öffentlichen Unternehmen ist aber ausgesprochen scheinheilig und dient dem Zweck, sie im Wettbewerb mit privaten Anbietern zu benachteiligen oder ihnen Fesseln anzulegen. Wo die private Konkurrenz ihre Kalkulationen als Betriebsgeheimnis hüten kann, dürfen konkurrierende öffentliche Unternehmen nicht gezwungen werden, ‚die Hosen herunter zu lassen‘.

□ Kommunale Betriebe brauchen Bewegungsspielräume

Und wenn private Unternehmen sogar weltweit agieren, ist es ein lächerlicher Anachronismus, wenn öffentliche Unternehmen immer wieder daran gehindert werden sollen, auch nur die Grenze zur Nachbargemeinde zu überschreiten. Kommunale Zusammenarbeit ist eine Form kommunaler Selbstverwaltung und muss von europäischem Recht respektiert werden!

Und noch ein Wort zur ‚Verselbständigung‘. Die selben Kritiker, die gestern die Trägheit und Langsamkeit politisch geführter Unternehmen beklagt haben, beklagen heute scheinheilig, dass der Stadtrat nicht mehr jede Preisentscheidung selbst trifft.

In jeder Aktiengesellschaft der Welt ist es so, dass der Vorstand für das operative Geschäft zuständig ist und die Eigentümer und Aufsichtsräte nur über große Investitionen sowie Grundsätze der Geschäftspolitik und die Mitgliedschaft im Vorstand entscheiden. Wir sollten der Versuchung widerstehen, im Wettbewerb stehende Unternehmen, die blitzschnell auf Marktveränderungen reagieren müssen, wieder an die Kandare politischer Gremien zu nehmen und alle Fragen der Geschäftspolitik einem parteipolitischen Streit auszusetzen.

□ Kommunale Betriebe dienen der Gesellschaft

spw: Wie beurteilen Sie Strategien wie in Braunschweig und Dresden, über große Privatisierungswellen kommunaler Unternehmen finanzielle Handlungsspielräume zu gewinnen?

„**Christian Ude:** Als Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung sage ich natürlich: Das muss jede Kommune selbst entscheiden. In größter Finanznot steht ein Stadtrat tatsächlich nur noch vor der Frage, welche kommunale Aufgabe er vernachlässigen muss. Da kann natürlich die Neuinvestition in die Kinderbetreuung wichtiger sein als die Erhaltung eines Wohnungsbestandes. Aber ich werde richtig grantig, wenn die Veräußerung kommunaler Betriebe als Patentrezept gepriesen wird, sich gleichsam mit einem Federstrich aller finanzieller Probleme zu entledigen.

Wer seine Stadtwerke verkauft hat, hat keinen Einfluss mehr auf die Energiepolitik vor Ort oder auf die sozialen Standards im Nahverkehr und muss auch für alle Zeiten auf Gewinnausschüttungen verzichten. Wer seine kommunalen Wohnungen verkauft hat, besitzt keine Möglichkeit mehr, selber energiesparende Bauweisen oder neue Formen des Zusammenlebens alter Menschen zu organisieren und voranzubringen. Nicht nur in Städten mit Wohnungsnot wie München, sondern gerade in Städten mit großen Leerständen wie im Osten und vielen strukturschwachen Gebieten ist es vorteilhaft, wenn sich ganze Siedlungen in

einer Hand befinden, die mit der Stadt bei der großen Aufgabe des Stadtumbaus eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wenn Wohnungsbestände erst einmal mehrmals aufgeteilt und weiterverkauft werden, ist eine sinnvolle Steuerung stadtentwicklungspolitischer Prozesse nicht mehr möglich.

spw: Ist die schrittweise Privatisierung der kommunalen Sparkassen nur noch eine Frage der Zeit?

Christian Ude: In der Tat geben die deutschen Geschäftsbanken und ausländische Großbanken keine Ruhe, weil ihnen das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen ein Dorn im Auge ist. Die privaten Banken haben in den letzten Jahren verheerende Fehler gemacht und viele Chancen verschlafen, vom Scheckkartengeschäft über die Autofinanzierung bis zur Pflege „kleiner Privatkunden“, die man in Zeiten des Investmentbankings arrogant aus den Schalterhallen vertrieben hat. Jetzt ist man neidisch, welches Vertrauen das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen bei der Bevölkerungsmehrheit genießt und welche Bedeutung das Konto für Jedermann, die Repräsentanz in der Fläche, die Förderung des Handwerks und des Mittelstands und vieler Existenzgründer plötzlich haben und welche Wertschätzung das soziale, kulturelle und sportliche Engagement der Sparkassen in sämtlichen Kommunen der Republik erfahren.

Der aktuelle Angriff der europäischen Ebene ist abgewehrt, hier sind die Kommunalen Spitzenverbände sehr zufrieden mit dem Engagement der Bundesregierung, von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück bis zur Kanzlerin Angela Merkel. Aber es werden weitere Attacken der privaten Geschäftsbanken folgen, da bin ich sicher. Es muss den Sparkassen und vor allem den Kommunalen Spitzenverbänden gelingen, die Bevölkerung zu mobilisieren, wenn der nächste Angriff erfolgt. Die Menschen wollen neben dem großen Angebot privater Geschäftsbanken, das ja völlig unbehindert existiert, auch ein öffentlich-rechtliches Sparkassenwesen. Und sie wollen die Gewissheit: Wo Sparkasse draufsteht, ist auch Sparkasse drin.

□ Den Wettbewerb annehmen – ohne Profitdruck

spw: Wie müssen sich kommunale Unternehmen für die Zukunft aufstellen, um gegen private überregionale Anbieter bestehen zu können?

Christian Ude: Sie müssen die Zukunft meistern! Und das heißt konkret: Sie müssen moderner und effizienter werden und kundenorientiert arbeiten. Auch ihre Kostenstruktur muss wettbewerbsfähig sein. Dies bedeutet, so schmerzhaft das auch für die Betroffenen ist: Städtische Busfahrer können nicht erheblich mehr verdienen als Kollegen bei Privatunternehmen aufgrund gültiger Tarifverträge. Das selbe gilt für Klinikpersonal. Wo auch immer die Personalkosten den größten Brocken darstellen, können öffentliche Unternehmen nicht 30 oder gar 40% mehr für die gleiche Leistung ausgeben wie ihre private Konkurrenz. Sonst sind sie weg vom Fenster und die Arbeitsplätze ganz verloren. Natürlich müssen sie sich aber dennoch bemühen, immer sozialere Arbeitgeber zu sein als die private Konkurrenz. Dies kann sich z.B. in der Zahl der Ausbildungsplätze äußern oder im Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und in der strikten Ablehnung von Sozialdumping, das in vielen Privatbereichen völlig unbemerkt stattfindet. Die kommunalen Unternehmen können dieses kleine Wunder, Wettbewerbsfähigkeit und soziales Verhalten und Kundenorientierung zu vereinen, durchaus zustande bringen, da sie keinem Zwang der Profitmaximierung als höchstes Unternehmensziel unterworfen sind. Die Städte sind mit einer bescheidenen Eigenkapitalverzinsung zufrieden, sofern überhaupt Gewinne erwirtschaftet werden können wie im Energiebereich.

spw: Wie ist Ihre Prognose für die Zukunft? Wie wird die kommunale Unternehmenslandschaft in zehn Jahren aussehen?

Christian Ude: Ich rechne mit vielen Verkäufen aus Gründen der Finanznot. Bei Kliniken und Entsorgungsunternehmen ist dies derzeit voll im Gange, bei Wohnungsunternehmen

wird dies allerdings häufig von der Bürgerschaft gestoppt. Bald wird es ein Erwachen mit Schrecken geben: Viele Städte werden sehen, dass ihnen nach der Verkaufswelle die Haushaltsprobleme erhalten bleiben, die wichtigsten Instrumente der Stadtpolitik aber für alle Zukunft verloren gegangen sind.

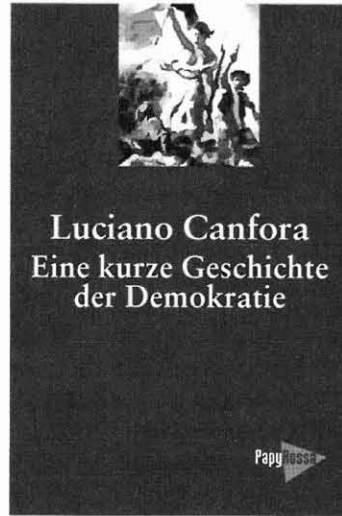
Wo sich kommunale Unternehmen rechtzeitig fit für die Zukunft und den Wettbewerb machen, werden sie die Turbulenzen der nächsten Jahre überstehen und wachsende Popularität erfahren, weil man die neoliberale Heilslehre Christian Ude: Privat vor Staat auf ihre praktischen Wirkungen untersuchen kann. Und diese praktischen Wirkungen werden so ernüchternd sein wie der Niedergang des britischen Eisenbahn- und Busverkehrs nach der Privatisierung oder die Kostenexplosion auf dem französischen Wassermarkt nach der erzwungenen Marktöffnung.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■



↳ Christian Ude, Oberbürgermeister von München und Präsident des Deutschen Städtetags.

Foto: Stadt München



Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wännen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

↳ Die Fragen stellte für spw Ulf-Birger Franz.

Literaturschau | von Reinhold Rünker



Die Diskussion über „Öffentliche Güter“ und „Öffentliche Aufgaben“ ist in den letzten Jahren in Wissenschaft und Politik modern geworden. Nach dem Siegeszug des Neoliberalismus und den Privatisierungswellen der 1980er und 1990er Jahren wird nun mehr und mehr die Frage gestellt, welche Aufgaben nicht über den Markt organisiert werden sollen. Für eine Zeitschrift in marxistischer Tradition war für die Analyse der Politischen Ökonomie immer schon zentral, wie und wo Aufgaben den Verwertungsmechanismen des Marktes unterworfen wurden. Politisch-strategisch wurden Überlegungen angestellt, wie der Staat selbst jenseits kapitalistischer Profitmaximierung als ökonomischer Akteur auftreten könne.

□ Zwischen Staat und Markt

Das Debattenfeld wurde seit der Krise des entwickelten Wohlfahrtsstaates erweitert. Früher eher randständige Diskussionslinien, die Organisationsformen zwischen Markt und Staat stärker in den Blick nahmen, gewannen an Bedeutung. Gingen zum Beispiel die „Herforder Thesen“ (spw-Verlag 1978) noch von einer Verstaatlichungskonzeption auf dem Weg zum Sozialismus aus, wurde in den „53 Thesen für einen modernen Sozialismus“ (spw 1989, www.spw.de) dem Staat die Rolle des Pioniers zugewiesen. Vergesellschaftungsformen ökonomischer Strukturen wurden und werden nicht mehr überwiegend im Gegensatz zwischen kapitalistischem Markt- oder gemeinwohlorientiertem Staatshandeln diskutiert.

Diese Erweiterung wurde in der spw-Debatte augenfällig in der crossover-Diskussion, die Mitte der 1990er Jahren zwischen „radikalreformerischen“ Kräften aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS über die Zeitschriften spw, andere zeiten und utopie kreativ geführt wurden. Dokumentiert wurde dies in einem gemeinsamen Heft 1996 sowie gemeinsamen Buchprojekten „Zur Politik

zurück“ von 1997 und „Regionales Wirtschaften als linke Reformpolitik“ von 2000, die beide im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen sind. Im Mittelpunkt der Debatten standen Fragen des sozialen und ökologischen Umbaus und damit auch die nach den Trägern öffentlicher Aufgaben.

□ Politische Steuerung

Anknüpfungspunkte für die aktuelle Debatte finden sich hier vor allem in den Überlegungen zur regionalwirtschaftlichen Steuerung und dem Versuch, vorhandene Märkte für politische Steuerungsprozesse nutzbar zu machen. Neben spw-Heftschwerpunkte, die sich grundsätzlich mit Fragen staatlicher Innovations- und Wirtschaftspolitik beschäftigten, hat es daher in den letzten zehn Jahren immer wieder auch kommunal- und regionalwirtschaftliche Diskussionen in spw-Schwerpunkten gegeben, so zum Beispiel spw 109 (1999) zu Problemen kommunaler Steuerung in der Beschäftigungspolitik. Im Heftschwerpunkt 118 (2001) wurde die sozialräumliche Gestaltung diskutiert. Der spw-Schwerpunkt 137 (2004) stand deutlich unter dem finanziellen Problemdruck, dem die Kommunen seit vielen Jahren ausgesetzt sind. Ausführlich debattiert wurde das Instrument des „Public-Private-Partnerships“ und die Kooperation mit beispielsweise der Bertelsmann-Stiftung, die zunehmend als Beratender Akteur in kommunalen Aufgaben tätig ist.

Mit dem Editorial der HerausgeberInnen aus spw 150 haben wir uns vorgenommen, die Thematik „Öffentliche Güter – Politische Ökonomie“ als eines von vier Diskursfeldern in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu rücken. Weitere Heftschwerpunkte und Diskussionsveranstaltungen stehen als aus. ■



Foto: Christian Kiel

» Als Kind habe ich Detektivgeschichten geliebt. Stück für Stück wird das Geheimnis wie ein riesiges Puzzle ans Tageslicht gebracht. Umwege und Schwierigkeiten erhöhen die Spannung noch. Am Ende liegt das bunte Bild mit einigen Überraschungen und vielem, was wir schon die ganze Zeit geahnt haben, offen. Offensichtlich bin ich nicht die einzige, die Recherchieren und Deuten, Beschatten und Verfolgen als wichtige Disziplinen für einen Meisterdetektiv kennen und schätzen gelernt hat. Denn zurzeit tobt das neue, große Preisrätsel in Deutschland. Wissenschaftler und Journalisten, Verbraucherschützer und Wirtschaftsforscher, Marketingprofis und Finanzexperten betreiben dieses faszinierende Spiel. Und nicht zuletzt natürlich Otto-Normal-Verbraucher: Die Mehrwertsteuerpreiserhöhungsjagd.

Genau 1.690.000 Treffer bietet Google für den Begriff Mehrwertsteuererhöhung. Da wird die Vielfalt der detektivischen Arbeit auf den ersten Blick deutlich:

Nach Berechnungen aus dem Bundesfinanzministerium kämen auf die Verbraucher monatliche Mehrbelastungen von rund 29 Euro zu. Gemäß dem Bundesverband der Verbraucherzentralen sollen dem Einzelnen knapp 290 Euro im Jahr, also im Monatsschnitt etwas mehr als 24 Euro im Portemonnaie fehlen. Das Bundesamt für Statistik kalkuliert je nach Einkommensverhältnissen neun bis 64 Euro im Monat pro Haushalt. Das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) kam im Auftrag des „Handelsblatts“ auf rund 20 bis 40 Euro je nach Familienstand und Ausgabeverhalten.

➔ Alexandra Kramm ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).

Kinderspiel Kapitalismus – Das große Preisrätsel

von Alexandra Kramm ■■

» Und wann werden die Preise erhöht? Die drei wesentlichen Thesen lassen sich kurz und knapp zusammenfassen:

- Schleichende Preiserhöhung schon 2006, während der WM zum Beispiel
- Preisschock im Januar 2007 – Sparen, bevor die Steuer zuschlägt
- Rabattaktionen zum Jahresanfang – und dann kommt die Teuerungswelle

In unendlichen Preisvergleichslisten und Produkttabellen kann der Verbraucher im Internet die Preisentwicklung der letzten 12 Monate verfolgen. Ein toller neuer Zeitvertreib! Den wollen aber nicht alle mitmachen. Rund ein Viertel der Leute hat die großen Anschaffungen auf letztes Jahr vorverlegt, wie eine Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergab. An der Rabattschlacht von Saturn, Lidl & Co erfreuen sich hingegen viele Konsumenten – Geschenke zwischen 3 und 19 Prozent nimmt der Kunde gerne mit. Entsprechend voll waren die Kaufhäuser am ersten Samstag des Jahres.

» Bleibt noch die „gefühlte Inflation“. Nach der Erfahrung von Verbraucherpsychologen liegt diese deutlich höher als die tatsächlich gemessene. Experten der Universität Hamburg kommen in einer Studie zu dem Schluss, dass unsere Kauflust nur wenig von der Abgabe abhängt. Viel wichtiger sei, wie der einzelne seine Lage einschätzt, ob er Angst vor Abstieg und Arbeitslosigkeit hat oder eher frohgemut in die Zukunft schaut. Klare Sache. Deutlicher kann ein Ergebnis kaum sein: Es wird teurer. Auf lange Sicht in jedem Fall. Wie teuer, hängt von der Größe des Geldbeutels ab. ■



Foto: Imitzwei

» Mit dem Spruch „arm, aber sexy“ reagierte der Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit etwas sarkastisch auf den gescheiterten Versuch, vor dem Bundesverfassungsgericht weitere Bundeszuschüsse zur Überwindung der Haushaltsnotlage zu erstreiten. Tatsächlich hätte eine andere Entscheidung in nicht unbeträchtlicher Weise in ein sehr komplexes System der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern eingegriffen.

Der Länderfinanzausgleich wurde von der ersten Großen Koalition 1969 geschaffen. Mit der deutschen Einigung entstanden neue Herausforderungen an die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die in den ersten Jahren durch ad hoc-Reaktionen und die Schaffung verschiedener Sonderfonds (insbesondere der ‚Fonds Deutsche Einheit‘) aufgefangen und erst 2005 endgültig für einen Zeitraum bis 2019 geregelt wurden.

□ Kooperativer Föderalismus

Der Länderfinanzausgleich soll ermöglichen, dass der Bund einerseits und die Länder andererseits über hinreichende Finanzausstattung verfügen, um die ihnen zugeteilten Aufgaben zu erfüllen. Er soll auch sicherstellen, dass die grundgesetzliche Forderung nach ‚einheitlichen Lebensverhältnissen‘ in der Bundesrepublik nicht allein an der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Bundesländer gebriecht und ein Mindestmaß an Einheitlichkeit und Solidarität gewährleistet bleibt. Schließlich muss er verhindern, dass es zu einem ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern kommt, ohne dass dabei die Anreize für eine Erhöhung der Steuerkraft und eine nachhaltige Finanzpolitik allzu sehr geschwächt werden.

Stichwort: Länderfinanzausgleich

von Arne Heise

» Ein vollständiger Wettbewerbsföderalismus, der wesentlich auf einem System eigenständiger Besteuerungshoheit der verschiedenen föderalen Ebenen mit so genannten Trennsteuern (diese fließen ausschließlich der Steuer erhebenden Ebene zu) setzt, kommt deshalb für die Bundesrepublik nicht infrage. Der heutige LFA kann vielmehr als ‚kooperativer Föderalismus‘ bezeichnet werden: der Anteil der Verbundsteuern (die allen föderalen Ebenen zustehen) an den gesamten Steuereinnahmen liegt zwischen 2/3 (Bund) und 4/5 (Länder), außerdem sind die Ausgleichsmaßnahmen zwischen überdurchschnittlich und unterdurchschnittlich wirtschafts- und ertragskräftigen Bundesländern einerseits und den Bundesländern und dem Bund andererseits klar geregelt. Der Länderfinanzausgleich hat mehrere Stufen: Auf einer vorgelagerten Stufe werden zunächst die aufbringungsstarken (Verbund-)Steuern – die Umsatzsteuer, die Lohn- und Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer – nach einem bestimmten Schlüssel auf die verschiedenen Ebenen verteilt. Der eigentliche LFA teilt sich in einen horizontalen (Bund-Länder) und einen vertikalen (Länder-Länder) Ausgleich, wobei der vertikale LFA über den Bund verrechnet wird.

Rheinland-Pfalz	292
Saarland	112
Sachsen	1.007
Sachsen-Anhalt	580
Schleswig-Holstein	145
Thüringen	573
Bremen	366
Berlin	2.441
Mecklenburg-Vorpommern	428
Niedersachsen	359
Brandenburg	581

Tab. 1: Nehmerländer im horizontalen LFA (Stand: 2005; in Mio Euro)

□ Vertikaler und horizontaler Finanzgleich

Der vertikale Länderfinanzausgleich beginnt mit einem Umsatzsteuervorwegausgleich: 25 % des den Bundesländern zustehenden Anteils der Umsatzsteuer werden dafür verwendet, die Steuerkraftunterschiede bis zu einem Grad von 95% der Abweichung von der durchschnittlichen Steuerkraft auszugleichen. In einem zweiten Schritt werden eine Ausgleichsmesszahl und eine Finanzkraftmesszahl für jedes Bundesland berechnet. Die Finanzkraftmesszahl spiegelt die tatsächliche Steuerkraft eines Bundeslandes wider, die Ausgleichsmesszahl soll berechnen, welche Steuerkraft ein Bundesland hätte, wenn seine Steuereinnahmen den durchschnittlichen Steuereinnahmen pro Kopf entsprechen würden. Bei dieser Berechnung werden Sondersituationen, wie sie z.B. Stadtstaaten oder die neuen Bundesländer erleben, berücksichtigt. Wenn die Ausgleichsmesszahl die Finanzkraftmesszahl übersteigt, ist ein Bundesland ausgleichsberechtigt, liegt die Finanzkraftmesszahl über der Ausgleichsmesszahl, muss ein Bundesland in den LFA hineinzahlen.

» Fünf Bundesländer bringen ca. 6,9 Mrd. Euro auf – Bayern etwa muss rund 7% seiner Steuereinnahmen in den LFA geben –, 11 Bundesländern erhalten diese Summe – Bremen etwa bezieht ungefähr 10% seiner Steuereinnahmen aus dem LFA. Selbstverständlich führt dieser LFA nicht zu einer vollkommenen Angleichung der Finanzkraft der Bundesländer: Maximal 75 % der überdurchschnittlichen Finanzkraft (Grenzausgleich) muss ein Bundesland bereitstellen, wenn seine Finanzkraft bei über 120% des durchschnittlichen Niveaus liegt. Abschöpfung bei den Geberländern wie auch Ausgleichsberechtigung verändern sich progressiv, d.h. wer nur knapp unterhalb der durchschnittlichen Finanzkraft liegt erhält einen proportional geringeren Ausgleichsbetrag als ein Bundesland mit sehr geringer Finanzkraft, und wer nur knapp über der durchschnittlichen Finanzkraft liegt, muss proportional weniger einbringen, als ein Bundesland mit extrem hoher (über 120%) Finanzkraft.

Baden-Württemberg	2.209
Bayern	2.219
Hamburg	377
Hessen	1.593
Nordrhein-Westfalen	487

Tab. 2: Geberländer im horizontalen LFA (Stand: 2005; in Mio Euro)

Rheinland-Pfalz	547
Saarland	497
Sachsen	3.170
Sachsen-Anhalt	1.990
Schleswig-Holstein	131
Thüringen	1.820
Bremen	661
Berlin	2.550
Mecklenburg-Vorpommern	1.360
Niedersachsen	641
Brandenburg	1.820

Tab. 3: Bundesergänzungszuweisungen (Stand 2005; in Mio. Euro)

» Wenn ein Bundesland nach dem horizontalen LFA immer noch unter 99,5% der durchschnittlichen Finanzkraft liegt oder aber Sonderlasten festgestellt wurden, mit denen das Bundesland nicht allein fertig werden kann (s. Berlins Versuch!), werden Bundesergänzungszuweisungen oder Sonder-Bundesergänzungszuweisungen fällig – dies ist der vertikal Länderfinanzausgleich. Mit etwa 15 Mrd. Euro ist das Finanzvolumen des vertikalen LFA etwa doppelt so groß wie der horizontale LFA (s. Tab. 3)

Gelegentlich wird kritisiert, dass der LFA die Anstrengungen der Bundesländer unterläuft, die Finanzkraft aus eigenem Antrieb zu stärken. Die letzte Revision der LFA im Jahre 2005 hat dies berücksichtigt, indem die Grenzausschöpfungs- und Grenzausgleichsbeträge gesenkt wurden. Außerdem wurde festgelegt, dass sich die Rangliste der Finanzkraft durch den LFA nicht ändern dürfte und Nehmerländer nach dem Ausgleich nicht reicher sind als Geberländer. ■

» Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die Betteldozenten

Während in der Öffentlichkeit über Bachelor, Master und die Exzellenzinitiative gesprochen wird, leben viele der universitären Lehrbeauftragten und Privatdozenten auf Hartz-IV-Niveau

von Marcus Weber



153 Euro – soviel erhielt Elisabeth Meyer-Renschhausen für ihr letztes Soziologie-Seminar an der Freien Universität Berlin. Und zwar nicht pro Monat, sondern im ganzen Semester. Darin enthalten waren Vorbereitungen und Nachbereitungen, die Seminarstunden selbst, Prüfungen, die Kontrolle von Seminararbeiten und Klausuren und natürlich die Betreuung der Studierenden. Meyer-Renschhausen mag sich den Stundenlohn gar nicht ausrechnen. Die Mittfünfzigerin ist Privatdozentin und damit verpflichtet einmal im Jahr eine solche „unbesoldete“ Lehrveranstaltung an ihrer Berliner Universität zu halten – sonst würde sie die „Venia Legendi“, ihre Lehrberechtigung verlieren, und damit die Möglichkeit auf eine Festanstellung oder die befristete Vertretung einer Professur. Das ist der erste Teil des Problems.

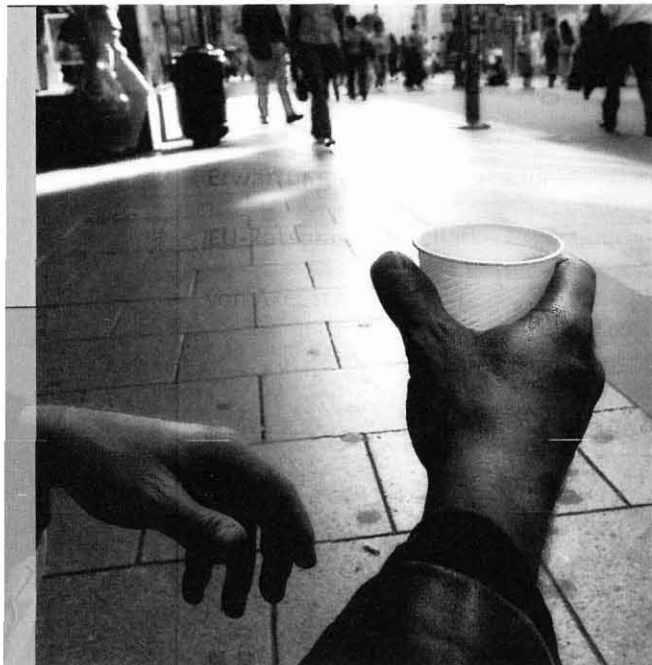
□ Billig, billiger, Lehrbeauftragter ...

Hinzu kommt: Selbst „besoldete“ Lehraufträge an Universitäten sind schlecht bezahlt; an der Freien Universität (FU) Berlin etwa erhält ein Dozent rund 900 Euro pro Semester. Auch davon lässt sich der Lebensunterhalt nicht bestreiten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat das mit einer Umfrage unter Berliner Lehrbeauftragten bestätigt: Knapp zwei Drittel der Befragten haben ein monatliches Einkommen von weniger als 1.000 Euro. Sie leben von Stipendien, befristeten Projektverträgen, verschiedensten Honorartätigkeiten, Jobs, dem Schreiben von Zeitungsartikeln – sowie staatlichen Unterhaltszahlungen. 72 Prozent von ihnen empfinden ihre soziale Situation als prekär.



Und nun der dritte Teil des Problems, der die Angelegenheit zum Skandal macht: Lehrbeauftragte sind für die Hochschulen unverzichtbar – oder wie es Meyer-Renschhausen formuliert: „Ohne sie würden die Universitäten zusammenkrachen. Die Studentenüberhänge wären nicht zu bewältigen und ein ernsthaftes Studium nicht gewährleistet.“ An den Berliner Universitäten und Fachhochschulen übernehmen die

Fotos: Christian Kiel



Lehrbeauftragten zwischen 10 und 50 Prozent der Lehre. „Nicht nur, um kapazitive Löcher zu stopfen“, wie Sabine von Oppeln, Studiendekanin an der FU Berlin betont, „sondern vor allen Dingen auch, um eine gewisse Vielfalt der Lehre zu garantieren. Jede Universität, die ein breites Fächerspektrum besitzt und den Anspruch hat, im Rahmen dieses F cherspektrums eine breite Palette abzudecken, ist auf Lehraufträge angewiesen.“

Das Beispiel Berlin, sagt Thorsten Bultmann, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, stehe für einen bundesweiten Trend. Bultmann beschreibt die Lehrbeauftragten als „Akademisches Proletariat“. Der Zusammenhang sei evident: „Mit der Expansion von Lehrbeauftragten und Privatdozenten werden die Stellenstreichungen beziehungsweise das Nullwachstum bei regulären Haushaltstellen an Universitäten bundesweit aufgefangen.“ Das Bundesamt für Statistik belegt diese Einschätzung teilweise: Während die Zahl der Professoren in den vergangenen zehn Jahren etwa konstant blieb, wurden die Stellen im Akademischen Mittelbau um zehn Prozent aufgestockt – die Zahl der Lehrbeauftragten stieg jedoch um 35 Prozent.

□ Gelehrte L ckenb sser

Rund 56.800 Lehrbeauftragte gab es 2005 an deutschen Universitäten – das ist ein Viertel des gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals. Und es ist eine sehr heterogene Gruppe. Zu den Lehrbeauftragten gehören die bereits habilitierten Privatdozenten genauso wie junge Nachwuchswissenschaftler, die gerade promovieren und Lehrerfahrung sammeln wollen. Es sind Dozenten aus dem Ausland oder Leute, die in Unternehmen fest angestellt sind, und ihre Praxiserfahrungen an den Hochschulen weitergeben. Ihre Lehrerlaubnis gilt im Wertesystem der Universität traditionell als Ehre – doch in der Realität, so beklagen inzwischen viele, werden Lehrbeauftragte an den Universitäten als kostengünstige Verfügungsmasse ausgenutzt.

Dieser Misstand ist an den Hochschulen durchaus bekannt. So beschreibt Bernd Huber, Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität, die Lage zumindest einiger Lehrbeauftragter an seiner Universität als „außerordentlich misslich“ – etwa an der Fakultät für Kulturwissenschaften.

» Dort gab es, am Institut für Ethnologie und Afrikanistik, im Sommersemester 2006 einen Streik, an dem sich junge Lehrbeauftragte und ältere Privatdozenten gleichermaßen beteiligten – sie weigerten sich, ihre Lehraufträge anzunehmen. Denn obwohl ihnen entsprechend der „Lehrauftrags- und Lehrverg tungsvorschriften“ des Bayerischen Wissenschaftsministeriums eine Summe zwischen 21 und 60,60 Euro pro Lehrstunde zugestanden hätte, waren – so erlaubt es eine Klausel der Vorschrift – mit Verweis auf die schlechte Haushaltslage nur 9 Euro gezahlt worden. Im gesamten Semester also 270 Euro. Der Ethnologe Ulrich Oberdiek war einer der Streikenden. „Selbst die Festangestellten fanden den Streik gut“, sagt Oberdiek, „bewirkt hat er nichts.“ Die Finanzen seiner Hochschule seien eben „auf Kante gen h“, erklärt Rektor Huber. Es gebe an der Ludwig-Maximilians-Universität Ressourcen für 25.000 Studienplätze – aber faktisch 45.000 Studierende. So habe die Universität bezüglich der Lehraufträge nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie bietet wenige besser bezahlte oder viele niedrig dotierte Lehraufträge an. Diese Entscheidung, sagt Huber, liege bei den Fakultäten. – Abgesehen davon sei es die Strategie der Universität, auch bei steigenden Studentenzahlen die „grundständige Lehre mit regulären Mitarbeiterstellen zu stemmen“. Man könne schließlich keinen Studiengang ausschließlich über Lehraufträge abwickeln.

Ein Blick ins Vorlesungsverzeichnis des Instituts für Ethnologie und Afrikanistik aber offenbart für das aktuelle Wintersemester 2006/2007 folgendes: Von den 46 aufgelisteten Lehrveranstaltungen werden gerade 16 von Festangestellten sowie emeritierten Professoren (2) geleistet. 23 Veranstaltungen hingegen werden von Lehrbeauftragten gehalten, fünf weitere von Tutoren. – Freilich, nicht an allen Instituten ist die Situation so extrem. Das



Problem ist vor allem bei Geistes- und Kulturwissenschaften deutlich. An der Münchner Fakultät für Physik etwa werden nur 0,6 Prozent der Lehrveranstaltungen von Lehrbeauftragten erbracht.

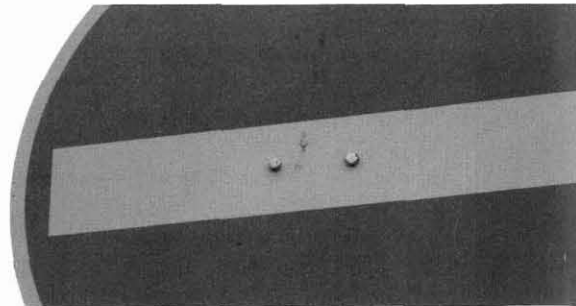
» Vielleicht liegt es an ihrer Vielschichtigkeit, dass die Frage der Lehrbeauftragten in der Politik bisher kaum wahrgenommen wurde. Politiker, sagt Matthias Jähne, Referent für Hochschule und Forschung bei der GEW in Berlin, gingen oft vom Bild eines Lehrbeauftragten aus, der in der freien Wirtschaft sein Geld verdiene und sich ab und zu an der Universität die Ehre gebe. Dieses Bild will die Berliner GEW an die Realitäten anpassen und fordert in einem Positionspapier zur Personalstruktur der Hochschulen vor allem eine Verbesserung der rechtlichen Stellung der Lehrbeauftragten. „Unsere Umfrage hat gezeigt, dass – neben der schlechten Bezahlung – vielen Lehrbeauftragten hier der Schuh drückt“, erzählt Jähne. „Eine solche Änderung würde nicht mal etwas kosten.“ – Lehrbeauftragte, so der Wunsch der GEW, sollen in Universitätsgremien vertreten sein und einen besseren Zugang zur universitären Infrastruktur bekommen. Im Moment verfügen sie weder über einen Arbeitsvertrag, noch Arbeitnehmerrechte oder Sozialversicherung.

» Darüber hinaus, sagt Jähne, müsse der Gesetzgeber Anreize schaffen, damit Universitäten Lehrbeauftragte in Zukunft regulär beschäftigen – zum Beispiel, indem der Anteil der Lehre begrenzt wird, der durch Lehrbeauftragte erbracht werden darf. – Der Ethnologe Ulrich Oberdiek macht sich hier keine Hoffnungen. So lange Lehrbeauftragte billiger als Professoren und wissenschaftliche Angestellte seien, sagt er, werden Staat und Hochschulen kaum Vollzeitstellen einrichten – sondern in verstärktem Umfang Lehraufträge erteilen. Dann rechnet Oberdiek vor, dass ein Lehrbeauftragter 3750 Euro pro Seminar verdienen müsste, um dem festangestellten wissenschaftlichen Personal gleichgestellt zu sein.

□ Vorschläge ohne Lösung

Aber woher soll dieses Geld kommen? Eine Möglichkeit wäre die Umverteilung der Mittel innerhalb der Universitäten. So schlägt Elisabeth Meyer-Renschhausen eine Halbierung oder Drittelung der festen Stellen vor – und verweist auf die Gründung der Deutschen Forschungsgemeinschaft: „In der Weimarer Zeit haben festangestellte Hochschullehrer drei Prozent ihres Gehalts abgegeben, um damit nichtbestallte Privatdozenten zu finanzieren.“ – Außerdem könnten Universitäten versuchen, ihre Mittel eher in der Lehre, als in der Forschung zu konzentrieren. Auch wenn sie damit gegen den Strom zu schwimmen würden – denn in der politischen Diskussion wird die Qualität einer Universität – siehe „Exzellenzinitiative“ – beinahe ausschließlich an Leistungen in der Forschung festgemacht.

Fotos: Christian Kiel



» Durch solche „Lösungen“ aber, warnt Uli Brand, Mitglied der „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung“, einem bundesweiten Zusammenschluss junger Wissenschaftler, könnte an den Universitäten ein Verteilungskampf entstehen – während die Politiker die Hände in den Schoß legen. „Wenn es in der Politik eine Priorität für Bildung gäbe“, sagt Brand, „wäre es kein Problem das notwendige Geld bereitzustellen“. – Ähnlich sieht es Margret Wintermantel, die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz: Das Problem lasse sich nur lösen, wenn Bund und Länder den Universitäten mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen würden – und zwar für die Lehre. „Wie die Politik mit steigenden Studierendenzahlen umgeht“, sagt Wintermantel, „ist mit deren eigenen politischen Zielen letztlich nicht vereinbar“.

Doch ohne politischen Druck werden Bund und Länder den Universitäten kaum mehr Geld zur Verfügung stellen. Ein erster Schritt, um diesen Druck zu erzeugen, wäre eine ehrliche Statistik, die aufschlüsselt, wie die Lehre an den Hochschulen tatsächlich organisiert und bezahlt wird. – Gäbe es einen entsprechenden politischen Willen bei der Hochschulrektorenkonferenz, lägen diese Zahlen längst für ganz Deutschland vor.

» Ebenso wichtig jedoch wäre ein organisierter Protest der Lehrbeauftragten. „Ich sag immer: Lehrbeauftragte aller Bundesländer vereinigt euch“, scherzt Ulrich Oberdiek – doch am akademischen Arbeitsmarkt schlägt sich jeder allein durch; solidarische Verhaltensweisen werden durch den starken Konkurrenzkampf nicht gerade gefördert. – Hinzu kommt die erwähnte Heterogenität der Gruppe der Lehrbeauftragten und die damit verbundenen unterschiedlichen Interessenlagen. So ist es bezeichnend, dass bei einer Mailingliste, die die GEW Berlin für Lehrbeauftragte eingerichtet hat, lediglich rund 30 Nutzer angemeldet sind.

Dennoch hat es die GEW in Berlin zumindest geschafft, das Thema auf die politische Tagesordnung zu setzen – nicht zuletzt deshalb, weil die Sprecherin für Wissenschaft und Forschung der Berliner SPD-Fraktion, Jutta Koch-Unterseher, die Situation der Lehrbeauftragten aus eigener Tätigkeit am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität kennt. Bis 2008 soll das Berliner Hochschulgesetz novelliert sein. Und auch wenn sie sich inhaltlich noch nicht äußern will – „das Problem der Lehrbeauftragten“, verspricht sie, „wird auf jeden Fall diskutiert“.

↳ Marcus Weber lebt und arbeitet als freier Journalist in Berlin.



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

17. Jahrgang, Nr. 68, Dezember 2006, 224 Seiten

Prekärer Sektor - Erfahrungen, Einstellungen, Gegenstrategien
Candeias - Handlungsfähigkeit durch Widerspruchsorientierung/ Schumm-Garling - Superflex und Spider Mum - die Generation Praktikum/ Postiglione - Die italienischen Gewerkschaften und das Prekariat/ Schulten - Der "neue Syndikalismus" der argentinischen CTA/ Wiegel - Aufschwung der extremen Rechten in der Bundesrepublik

Staat - Imperialismus - Ideologie
Krätke - Der alte Staat, die neue Weltordnung und die Linke/ Unger - Die USA und das Öl/ Hahn - Imperialismus, Politik und Ideologie (II)

Und: Klenner - Über die Aktualität der Marxschen Unterscheidung zwischen den Bürger- und den Menschenrechten/ Tjaden - Philosophie des Subjekts und materialistische Wissenschaften/ Balzer - Dossier: Ehrendoktorwürde für Helmut Schmidt

Archiv: Marchlewski - "... zu Nutz und Frommen des kämpfenden Proletariats ...". Der Dritte Band des "Kapital" im "Vorwärts" 1894/95

Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl.Versand) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4496

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

Lebenslanges Lernen – ein vergessenes linkes Projekt?

von Ernst-Dieter Rossmann



Foto: Christian Kiel

□ Der verdrängte Skandal

Zugegeben: Wir skandalisieren in Politik und Publizistik vielfach all zu schnell, um Aufmerksamkeit zu erreichen oder bestimmten gesellschaftspolitischen oder ökonomischen Zuständen einen entsprechenden „Spin“ zu geben. Dies vorweg geschickt, soll der Blick auf einige konkrete und skandalöse Sachverhalte gelenkt werden:

In Deutschland leben mehr als 4 Millionen funktionale Analphabeten, wenn wir die digitale Kompetenz in den modernen Kommunikationstechnologien hinzu nehmen. Jeder sechste Jugendliche bleibt ohne qualifizierten Abschluss, bei ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt der Anteil sogar bei 35 %.

Die soziale Spaltung in Deutschland setzt sich in der Weiterbildung fort. Hochqualifizierte nehmen drei Mal so stark an Weiterbildung teil wie Menschen mit niedriger Grundbildung. In Deutschland lebende Ausländer partizipieren um die Hälfte weniger an Weiterbildung als Deutsche. Auch Kindererziehung und Alter sind Bildungshemmnisse und je höher das Alter, desto weniger berufliche Weiterbildung. Deutschland belegt bei der beruflichen Weiterbildung einen der letzten Plätze in Europa: sowohl bezogen auf die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen als auch bei den realen Beträgen und den relativen Ausgaben für die Weiterbildung.

Dieser Skandal muss von der Linken thematisiert und politisch aufgearbeitet werden.

□ It's lifelong learning, stupid!

Der legendäre Weckruf von Bill Clinton gilt auch für die Weiterbildung. Wachsender Fachkräftebedarf bis hin zu den High-Potentials, wie er von allen Arbeitsmarkt- und Berufsforschern für Deutschland angesichts der globalen Konkurrenz um Export und High-Tech-Produkte prognostiziert wird, untermauert die Brisanz der gravierenden Defizite im Lebenslangen Lernen in Deutschland genauso wie die Folgewirkungen der relativ schnell alternden Erwerbsbevölkerung. Deshalb empfiehlt die Sachverständigengruppe der EU unter Vorsitz des Holländers Wim Kok, Weiterbildung und Lebenslanges Lernen ins Zentrum der Innovationspolitik Europas zu rücken. Auch der OECD-Bildungsforscher Andreas Schleicher hat schon früh darauf hingewiesen, dass die Steigerung von FuE-Investitionen vor allen Dingen überwiegend kurz- und mittelfristige Effekte auf die Wertschöpfung hat, während Bildungsinvestitionen nachhaltig wirken und nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine gesellschaftspolitische und humanistische Wirkung entfalten.

» Gerade die politische Linke sollte ihr humanistisches Wollen dabei immer auch von den ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen her objektivieren. Und da erfordern nicht nur der ökonomische, sondern auch der demographische Wandel in Deutschland und in Europa das Lebenslange Lernen und die Weiterbildung. Mehr als 30% der Bevölkerung werden in weniger Jahren über 60 Jahre alt sein. Sie werden dann absehbar über durchschnittlich 25 Jahre kein

verpflichtendes Regelangebot an formalen Bildungsmaßnahmen mehr erhalten. Für die Innovationsbereitschaft wie die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft, aber auch die persönliche individuelle Teilhabe und Identifikation wird es in Zukunft immer wichtiger, den wachsenden Teil der Menschen, die nicht mehr unmittelbar im Arbeitsprozess stehen, über Weiterbildung an der Gestaltung und Verarbeitung des Wandels zu beteiligen. Im Alter lernen tut not. Weiterbildung sorgt für geistige Beweglichkeit und persönliche Zufriedenheit. Ohne rechtzeitig aufgebaute Weiterbildungsfähigkeit wird dies nicht gelingen.

□ Weiterbildung – ein Thema ohne Sex-Appeal?

Wer vor einiger Zeit noch so genannte Hauptstadt-Journalisten der führenden deutschen Zeitungen auf das Thema Weiterbildung ansprach, musste sich die mitleidige Rückfrage gefallen lassen, ob es denn kein spannenderes Thema gäbe. Auch die Linke muss sich selbstkritisch vorhalten lassen, diesem Thema nicht die nötige Bedeutung beigemessen zu haben. Die Frage nach den möglichen Ursachen hierfür kann auch hilfreich sein, wenn zukünftig Widerstände überwunden werden sollen:

Das in Deutschland tief verwurzelte konservative Bildungsverständnis von Anlage und Begabung, das noch immer die geteilten Schulstrukturen zementiert, hat eine Entsprechung in Skepsis und Abwertung von Weiterbildung, die auf einem dynamischen Bildungsverständnis fußt und Förderung und Entwicklung statt Selektion und Klassifikation kennt. Auf der anderen Seite gibt es oft ein Verständnis von Weiterbildung, das die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung einseitig gegenüber der beruflichen Weiterbildung idealisiert. Damit entfernt sie sich vom arbeiternahen Bereich der Weiterbildung. Die Leidenschaft, mit der Bildungsurlaubsgesetze in den 1970er Jahren erstritten wurden, fand deshalb keine Entsprechung in dem Engagement für den Erhalt und qualifizierten Ausbau

der beruflichen Weiterbildung. Als dann die Bildungsurlaube nur marginal von den Beschäftigten genutzt werden konnten, wandte sich der enttäuschte Idealismus mancher linker Bildungshumanisten schnell ab. Dass Gewerkschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte gleichzeitig mühsam das Terrain für mehr tarifvertragliche Absicherung von Weiterbildung bestellten – vorbildlich durch die IG Metall und ver.di bis in die letzten Flächentarifverträge hinein –, erreichte dann nur begrenzt die Bildungsdebatte. Es ist überfällig, dass diese Arroganz eines verbürgerlichten Bildungsverständnisses unter dem Zeichen von Gleichwertigkeit, Durchlässigkeit und kontextbezogenem Lernen endlich überwunden wird.

Anders als die schulische und hochschulische Bildung ist die Weiterbildung in der Finanzierung immer auch eine Frage nicht nur der öffentlichen Finanzen, sondern auch der Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, letztlich also eine Frage der Lohnnebenkosten und der Rechtsansprüche der Arbeitnehmer auch gegenüber den Arbeitgebern. Hier haben die politischen Tabus, die mit dem Erstarken des Kapitalismus und seiner neoliberalen Bannerträger in den Parteien, der Publizistik und der Wissenschaft gegen verpflichtende Auflagen, Finanzierungsaufwendungen und Arbeitnehmerrechte aufgebaut worden sind, bisher noch ihre Wirkung getan. Ein korporatives „Bündnis für Weiterbildung“, wie es gerade in dieser Frage und unter den Bedingungen einer Großen Koalition nahe liegen würde, kam auch wegen dieses objektiven Interessengegensatzes bisher nicht zu Stande.

Weiterbildung ist mehr als andere Bildungsbe-
reiche ein sehr komplex angelegtes Handlungsfeld, mit geschätzten über 40.000 Anbietern in öffentlicher und privater Trägerschaft, mit gesetzlichen Zuständigkeiten und Finanzierungsleistungen durch alle politischen Ebenen, mit einer Fülle von Maßnahmen, die sich zeitlich, inhaltlich, zielgruppenbezogen, qualitativ und organisatorisch unterscheiden. Diese Vielfalt, von den einen als Ergebnis von Subsidiarität und Garant von Flexibilität gepriesen, von den anderen als Unübersichtlichkeit

und Beliebigkeit kritisiert, macht die Entwicklung und Durchsetzung eines abgestimmten politischen Konzeptes über die verschiedenen politischen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen besonders schwer. Umso mehr kommt es darauf an, im politischen Raum langfristig klare Orientierung zu geben, Schlüsselbegriffe zu setzen und strategische Konzepte zu entwickeln.

» Für Deutschland liegen mit dem Bericht der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens aus dem Jahr 2004, aber auch mit den umfangreichen Konzepten aus dem Bereich der DGB-Gewerkschaften, von IG Metall, von ver.di und der GEW wichtige und tragfähige Vorarbeiten für einen fundierten Aufbruch in der Politik für Weiterbildung und Lebenslanges Lernen vor. Auch das Forum Bildung der SPD hat mit seinen Eckpunkten für ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem aus dem November 2006 erstmals eine umfassende sozialdemokratische Agenda für den Ausbau der Weiterbildung ausgearbeitet. In wie weit sich diese Wirkungskraft entfalten und zu einer gemeinsamen Richtschnur für die drei politischen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen werden kann, wird sich auch bei den Debatten um das neue Grundsatzprogramm der SPD mit entscheiden.



Foto: Christian Kiel

□ Weiterbildung als öffentliches Gut

Die Weiterbildungssysteme in anderen europäischen Ländern, vor allen Dingen in Skandinavien, geben ein gutes Vorbild ab, wie Weiterbildung als öffentliches Gut begriffen und gepflegt werden kann; mit klaren Rechtsansprüchen, mit ausreichender Weiterbildungszeit, mit einem hohen Grad gesicherter öffentlicher Finanzierung, mit einer starken Einbindung der Gewerkschaften und einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur an kommunalen Weiterbildungseinrichtungen. Nicht umsonst hat die EU ihre Weiterbildungsprogramme nach dem großen dänischen Reformator der Weiterbildung „Grundtvig-Programme“ genannt.

Die Vorschläge und die Formulierung im Entwurf für das Hamburger Programm sind jedoch vergleichsweise unbestimmt: „Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der Menschen sich ein Leben lang weiterentwickeln können.“ Dazu gehören der Ausbau der „Weiterbildung zur vierten Säule im Bildungssystem“, mit Freistellungsansprüchen und der Unterstützung durch finanzielle Förderung. Die besonderen Belange von *Müttern und Vätern* sollen berücksichtigt werden, mit gemeinsamen Lösungen der Politik der Tarifpartner und der Betriebe. In den Hochschulen soll die berufliche Weiterbildung als eigene Aufgabe entwickelt werden. Lebenslanges Lernen wird grundsätzlich nicht nur auf Beschäftigungsfähigkeit, sondern explizit auf erfüllte persönliche und gesellschaftliche Lebensführung bezogen, auch und gerade für ältere Menschen in Beruf und Gesellschaft.

Positiv fallen dem gegenüber zwei sehr konkrete Setzungen aus diesen eher allgemeinen Zielvorstellungen heraus: Die Arbeitslosenversicherung soll danach zu einer Beschäftigungsversicherung weiterentwickelt werden und damit einen Beitrag zur Finanzierung der Weiterbildung leisten. Und die Volkshochschulen werden explizit

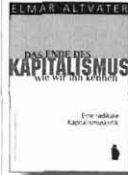
als Weiterbildungsträger herausgestellt, der wieder eine wichtigere Rolle spielen soll, gerade wenn es um die wichtige Bedeutung der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung geht. Für ein linkes Projekt der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens wird es hierbei nicht stehen bleiben können. Wenn Weiterbildung wie die anderen Bildungsbereiche auch ein öffentliches Gut ist, wird es hierzu gesicherter staatlich gestalteter und demokratisch verantworteter Strukturen bedürfen und damit gesetzlicher Normierungen, Ansprüche und Finanzierungsleistungen.

Die Perspektive der Beschäftigungsversicherung als solidarisches Konstrukt von Arbeitgebern und Arbeitnehmern für Weiterbildung bedarf dabei der Absicherung durch Steuermittel, die finanzielle Förderung der Einzelnen muss im Bedarfsfall auch bis zu einer vollständigen Kostendeckung gehen, wenn es um eine zweite Chance für Schulabschlüsse und berufliche Erstausbildungsabschlüsse bzw. entsprechende Grund- und Aufbauqualifikationen geht. Dem liberalen Konzept von Bildungssparen und individueller Bildungsfinanzierung ist dabei das sozialdemokratische Konzept einer solidarischen Finanzierung über Steuern und Versicherungsabgaben und eines Grundrechts auf öffentlich geförderte Weiterbildung entgegenzusetzen. Wenn die Volkshochschulen und die Hochschulen eine wichtigere Rolle für die Weiterbildung als in der Vergangenheit übernehmen sollen, ist dieses als Bekenntnis zur öffentlichen und öffentlich geförderten Weiterbildung nur zu begrüßen. Öffentliche Güter bleiben schließlich nur solange glaubwürdig unterschieden von kommerziellen Tauschwerten, wie sie allgemein zugänglich, überall zugänglich sowie demokratisch-politisch verantwortet und gestaltet sind. ■

↳ Dr. Ernst-Dieter Rossmann, MdB (SPD), ist Sprecher der Parlamentarischen Linken und spw-Mitherausgeber, er lebt in Elmshorn.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater
**Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen**



Eine radikale
Kapitalismuskritik
3. Auflage 2006
240 S. - € 14,90
ISBN 3-89691-627-0

Werner Rügemer
Privatisierung in Deutschland



Eine Bilanz
Von der Treuhand zu
Public Private Partnership
2006 - 204 S. - € 24,90 -
ISBN 3-89691-630-0

*Dieter Scholz/Heiko Glawel/Helmut
Martens/Pia Paust-Lassen/Gerd Peter/
Jörg Reitzig/Frieder Otto Wolf (Hrsg.)*
Turnaround?



Strategien für eine neue
Politik - Herausforderungen an Gewerk-
schaften und
Wissenschaft
2006 - 341 S. - € 29,90
ISBN 3-89691-638-6

Christoph Klutsch
**American Empire -
Die Bürde des reichen Mannes?**



Zur transnationalen In-
teressenidentität „neoli-
beral-imperialistischer“
Herrschaftsmuster
2006 - 223 S. - € 24,90
ISBN 3-89691-633-5

Halenweg 26a
48155 Münster
Fon: 0251/39 00 48 0
Fax: 0251/39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



www.dampfboot-verlag.de



Foto: Christian Kiel

Europa den Menschen wieder näher bringen

Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

von Axel Schäfer



» Seit dem 1. Januar hat das wiedervereinigte Deutschland zum dritten Mal den Vorsitz innerhalb der nunmehr auf 27 Staaten angewachsenen EU inne. Zuletzt 1999 unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders führte Deutschland eine sehr erfolgreiche Präsidentschaft durch. Die Erwartungen an den deutschen Vorsitz sind acht Jahre danach auch gerade deshalb sehr groß, da sich die EU in einer insgesamt schwierigen Phase befindet. So steht eine Reihe von ungelösten Themen auf der europäischen Agenda, die sowohl in der österreichischen als auch der finnischen Präsidentschaft offen geblieben sind. Die EU wird von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr als das wahrgenommen, was zu ihrem politischen und wirtschaftlichen Erfolg geführt hat, sondern nur noch als rein ökonomisches und bürokratisches Gebilde. Die sinkende Zustimmung lässt sich (leider) in nahezu allen Mitgliedsländern nachweisen. Im Unterschied zur Aufnahme der acht mittel- und osteuropäischen Staaten im Jahre 2004 ist heute die Zahl der Erweiterungsbefürworter innerhalb der EU deutlich zurückgegangen. Zweifelsohne hat das „Nein“ der französischen, aber auch der niederländischen Bevölkerung zum Verfassungsvertrag (in beiden Ländern wurde im Frühjahr 2005 in Referenden hierüber abgestimmt) eine solche Entwicklung verstärkt. Vor diesem Hintergrund sind die Erwartungen an Deutschlands sechsmo- natige Präsidentschaft besonders hoch.

» Mit der inhaltlichen Vorstellung des deutschen EU-Vorsitzes im Europäischen Parlament in Straßburg durch die Bundeskanzlerin am 17. Januar, werden die entscheidenden politischen Akzente gesetzt. Ein Höhepunkt findet bereits Ende März statt. Anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge, der am 25. März 2007 gefeiert wird, kommen die 27 Staats- und Regierungschefs der EU in Berlin zusammen, um eine gemeinsame politische Erklärung zu verabschieden. Mit der Unterzeichnung dieser „Erklärung von Berlin“ könnte sich eine große gestalterische Chance für den deutschen Vorsitz ergeben. Damit ließe sich die Zustimmung der Staaten zum Integrationsprozess mit der Zustimmung in den Bevölkerungen der EU verbinden. Die gemeinschaft-

lichen Werte und die Zukunftsperspektiven der EU könnten hier einstimmig von sämtlichen Mitgliedstaaten formuliert werden. Die EU kann als Gemeinschaft weltweit eine einzigartige Bilanz vorweisen, sie ist eine einmalige Erfolgsgeschichte: Frieden, Wohlstand und Zusammenhalt zwischen seinen Mitgliedsländern sind verwirklicht. Gleichzeitig gilt es, die großen Herausforderungen gemeinsam anzugehen, die sich vor allem durch die Globalisierung für Europa in der sozialen Dimension, der wirtschaftlichen Dynamik, der Bildung und der Forschung stellen. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird deshalb vier Schwerpunkte aufweisen, die in den kommenden sechs Monaten auf der politischen Agenda stehen werden:

1. Handlungsfähige Gemeinschaft

Ein Teil der ungelösten Probleme lässt sich auf das Fehlen einer europäischen Verfassung zurückführen. Die EU hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur quantitativ verändert, sondern vor allem auch qualitativ. Auf die drängenden Herausforderungen kann sie mit dem bestehenden vertraglichen Aufbau (Stichwort: „Nizza“) nur teilweise die notwendigen Antworten liefern. Spätestens jetzt wird deutlich, dass es die EU in den vergangenen Jahren versäumt hat, längst notwendige institutionelle Reformen durchzuführen. Dass es in einer größer werdenden EU immer schwieriger wird, Einstimmigkeit zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten herbeizuführen, ist mehr als eine Binsenweisheit. Mit dieser Zustandsbeschreibung wird zugleich die Hoffnung verbunden, dass auch in den anderen EU-Ländern erkannt wird, welche europäische (Mit-) Verantwortung wahrgenommen werden muss.

Den durch die Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden ins Stocken geratenem Prozess der europäischen Konstitution wieder neuen Schwung zu geben, ist eine der Hauptaufgaben der deutschen Ratspräsidentschaft. Unser Ausgangspunkt ist klar: Die Verfassung, die in der Zwischenzeit von 18 der 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde, muss in ihrer

politischen Substanz erhalten, aber so modifiziert werden, dass sie für alle akzeptabel ist. Es wäre ein großer Erfolg, wenn zum Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft Einigkeit über die Orientierung, das Verfahren und den Zeitrahmen für den Abschluss des Verfassungsprozesses bestünde. Das Zeitfenster hierfür wird sehr klein sein, zumal in unserem Nachbarland Frankreich, Wahlen für das Präsidentenamt und zur Nationalversammlung im Mai und Juni stattfinden werden.

Zwischen Integration und Erweiterung darf kein Junktim hergestellt werden. Ein solches würde die Glaubwürdigkeit der EU in Frage stellen. Mit dem jüngsten Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist die Aufnahmerunde um die mittel- und osteuropäischen Länder zunächst abgeschlossen. Hier befindet sich die EU in einer argumentativen Bringschuld gegenüber den Menschen, denn sie muss deutlich machen, weshalb der Beitritt weiterer Staaten nach wie vor offen ist. Die EU muss hier ihre Verantwortung gegenüber Kroatien und der Türkei (mit beiden wird über Beitritt verhandelt) sowie den West-Balkan-Ländern deutlich artikulieren. Die Erfahrungen aus den beiden Aufnahmerunden 2004 und 2007 haben aber auch gelehrt, dass weitere Beitritte nur dann erfolgen können, wenn sämtliche Vertragskriterien erfüllt werden.

2. Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zukunft Europas

Bei den Menschen macht sich die Sorge breit, dass die EU keinen Schutz gegen die zunehmende Globalisierung bieten kann. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und damit der sozialen Sicherheit ist gewachsen. Hier muss die Sozialdemokratie deutlich ihre Akzente setzen und die Wichtigkeit der sozialen, aber auch der ökologischen Dimension herausstellen.

» Es kommt darauf an, die Grundpfeiler des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu stärken und so zu modernisieren, dass die Chancen der Globalisierung im Interesse Europas besser genutzt und die Herausforderungen des weltweiten Wettbewerbs gemeistert werden können. Deshalb bleibt die Lissabon-Strategie mit dem Ziel, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt mit hohem Beschäftigungsgrad zu machen, Richtschnur für die Energie- und Wirtschaftspolitik, die Innovationsförderung und die Beschäftigungsmaßnahmen. Diese Themen werden die erste Hälfte der deutschen Präsidentschaft beherrschen und den Frühjahrsgipfel am 8. und 9. März in Brüssel prägen. Klar herausgestrichen wird – im „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ – die soziale Dimension Europas: Beschäftigungsförderung durch Chancengleichheit, Qualifizierung und Mobilitätsförderung, Integration von Älteren in den Arbeitsmarkt sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den sozialen Schutz gilt es im Wettbewerb mit den unterschiedlichen sozialen Sicherungssystemen in Europa zu verbessern. Die europäische Gesetzgebung muss durch ein Verfahren der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft ergänzt werden.

3. Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die Errichtung eines einheitlichen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ist eine der zentralen Aufgaben der EU. Europa muss sich gegen den internationalen Terrorismus verteidigen können, ohne die Freiheit und die Sicherheit ihrer Bürger zu beeinträchtigen. Hier erwarten die Menschen in den 27 Mitgliedstaaten ein entschlossenes Handeln. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit, ein besserer Schutz der neuen Außengrenzen der EU und eine aufeinander abgestimmte europäische Asyl- und Migrationspolitik.

» Antworten wird die EU aber auch geben müssen, inwieweit die Bürgerrechte gestärkt und geschützt werden können. Dies bezieht sich nicht nur auf die Schaffung von Mindeststandards etwa in der Strafgesetzgebung, sondern gerade auch im Bereich der Rechtssicherheit innerhalb der Mitgliedsländer für die Menschen in der EU.

4. Gestaltung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit

Die außenpolitischen Herausforderungen bedingen eine noch engere Kooperation der EU-Staaten. So müssen die in den vergangenen Jahren entwickelten Mechanismen zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung weiterentwickelt werden. Das Konzept der Nachbarschaftspolitik muss weiter vorangebracht werden, um politische und wirtschaftliche Stabilität zu erreichen. Die EU benötigt eine stärkere Differenzierung zwischen den an sie grenzenden Staaten (innerhalb Europas, Asiens und Nordafrikas). Zugleich sind Instrumente und Verfahren zu entwickeln, um jenen europäischen Staaten eine Perspektive zu geben, die eine stärkere Kooperation und Anbindung beinhaltet, mit denen aber Verhandlungen über einen Beitritt kurz- und mittelfristig nicht anstehen.

» Die EU muss ihre Rolle als globaler Energieakteur entwickeln. Nur sie kann eine dauerhafte und verlässliche Partnerschaft mit wichtigen Lieferanten-, Transit- und Verbraucherländern gewährleisten. Nicht zuletzt aufgrund seiner Größe und geographischen Lage ist Russland für die EU sowohl energiepolitisch, wirtschaftlich als auch politisch ein besonderer Partner. Es ist deshalb wichtig, dass das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Russland möglichst rasch neu verhandelt wird, um zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen.

Die USA sind traditionell der wichtigste Partner der EU. Deshalb wird sich Deutschland für eine Stärkung der transatlantischen Beziehung einsetzen. Mit der Zentralasienstrategie verbindet die EU zum einen energiewirtschaftliche Interessen, zum anderen aber auch die Erwartungen, dass sich politische Stabilität und der damit verbundene Modernisierungsschub positiv auf die Nachbarregionen auswirkt. Schließlich muss die EU sich auch ihrer globalen Gestaltungsmacht bewusst sein und beispielsweise eine entscheidende Rolle in der Umweltpolitik einnehmen.

» All die genannten Vorhaben lassen sich nur dann unter dem deutschen Vorsitz realisieren bzw. anschieben, wenn auch die übrigen Mitgliedsländer sich ihrer Verantwortung bewusst sind und diese wahrnehmen. Eine besondere Chance ergibt sich durch die erstmals statt-

findende Trilog-Präsidentschaft. In enger Abstimmung mit Portugal (EU-Vorsitz 2. Hälfte 2007) und Slowenien (1. Hälfte 2008) besteht für Deutschland die Möglichkeit, die Initiative für Projekte zu ergreifen, die über einen sechsmonatigen Zeitraum andauern werden. Die Ratspräsidentschaft ist somit nicht nur eine hervorragende Gelegenheit für Deutschland, die europäische Idee voran zu bringen und einen Schritt weiter in die Zukunft zu führen, sondern zugleich kann die EU den Menschen näher gebracht, fühlbarer und damit sichtbarer gemacht werden. Wenn uns dies alles gelingt, dann wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 ein Meilenstein im europäischen Integrationsprozess. ■

☞ Axel Schäfer, MdB, Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, lebt in Bochum.

Neuaufgabe der Spiele-Praxismappe erschienen!

Die bewährte und sehr beliebte Praxismappe wurde komplett neu überarbeitet und mit neuem Design versehen. Fast 200 Spiele – mit vielen Variationsmöglichkeiten – sind auf 290 Seiten in übersichtlicher Struktur dargestellt und um einen aktualisierten Theorieteil ergänzt.

Viele neue Spiele!
 Kennenlernspiele
 Rollenspiele
 Integrierte Spiele
 Bewegungsspiele
 Gruppeneinteilungsspiele
 Spiele zur
 Interkulturellen Spiele
 Gruppenarbeit



Hiermit bestelle(n) ich/wir

_____ Praxismappe(n) zum Preis von 13,- € plus Versandkosten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ / Wohnort: _____

Tel.: _____

Infos & Bestellung:

Bundesjugendwerk der AWO
 e-mail: info@bundesjugendwerk.de
 Tel.: 0700/jugendwerk oder
 0700/584363937



Ein Jahr noch ...

Die SPD in Niedersachsen vor der Landtagswahl 2008

von Stephan Klecha

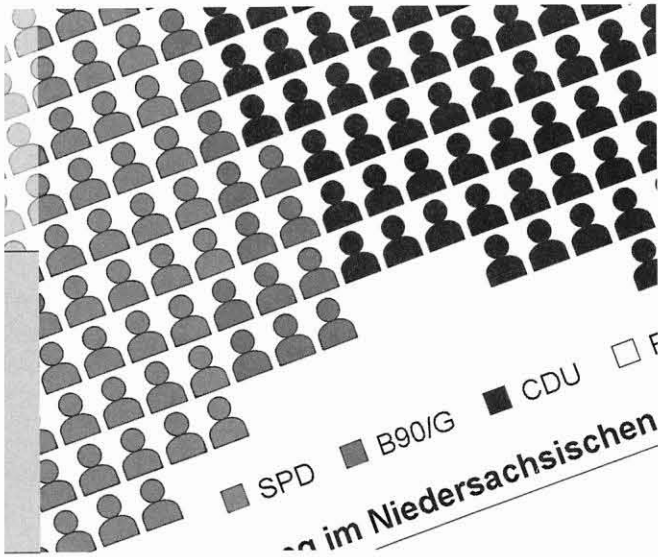


insbesondere in Niedersachsen triumphal gewonnen, kein Wahlkreis ging gegenüber 2002 verloren. Der Prozentanteil der niedersächsischen SPD war der höchste aller Landesverbände. Gute Voraussetzungen also, sollte man meinen. Die nächste Etappe stand im Herbst 2006 mit der Kommunalwahl ins Haus.

□ Kommunalwahlen in Niedersachsen, bleibt alles anders

Das mit 36,6% schlechteste Kommunalwahlergebnis seit 1952 für die SPD und das mit 41,3% schlechteste CDU-Ergebnis seit 1968 offenbaren, dass die Volksparteien in Niedersachsen etwas an Bindungskräften verlieren. Dies jedoch ist ein Trend, der schon in den vorangegangenen vier Kommunalwahlen abzulesen war und der im Lichte der eklatant niedrigen Wahlbeteiligung besonders deutlich ist. Gleichwohl zeichnet sich Niedersachsen bei Kommunalwahlen durch eine ungewöhnliche Konstanz beider Volksparteien aus.

Im Grunde genommen ändert sich bei Kommunalwahlen im Land selten viel. Die SPD hält die Mehrheiten im Süden und Nordwesten des Landes sowie die Landeshauptstadt Hannover, die CDU als seit 1976 stärkste kommunalpolitische Kraft dominiert den Nordosten und katholischen Südwesten. Die Grünen können außerhalb der Universitätsstädte Oldenburg und Göttingen sowie der Region um das Atomzwischenlager Gorleben zwar stabile und gute Ergebnisse, meistens deutlich oberhalb von fünf Prozent, einfahren, sind jedoch ein beachtliches Stück von ihrem eigentlichen Ziel entfernt, nämlich landesweit zweistellige Ergebnisse zu erzielen. Die Grünen verfügen außerdem über eine stabile Wählerschaft, so dass sie steigende Anteile bei sinkender Wahlbeteiligung ohne nennenswerte Stimmenzuwächse registrieren konnten.



Die Landtagswahl 2003 ist Niedersachsens SPD noch gut in Erinnerung. Ein ausgesprochen teuer finanzierter Wahlkampf und ein katastrophales Wahlergebnis katapultierten die Partei, welche die vorangegangenen 13 Jahre regiert hatte, auf die Oppositionsbänke. Der damals unterlegene Ministerpräsident Sigmar Gabriel kündigte an, dass 2008 das Rückspiel stattfände. Mittlerweile hat sich die SPD auf den Weg dorthin konsolidiert. Die Bundestagswahl 2005 wurde

Am vorgenannten Befund hat sich allen Verschiebungen im Einzelfall zum Trotz wenig verändert: Die Verluste der SPD etwa konzentrieren sich im Wesentlichen auf Braunschweig und Oldenburg, wo ein populärer CDU-Oberbürgermeister beziehungsweise ein zur CDU gewendeter Ex-Grüner der SPD die Oberbürgermeisterposten streitig gemacht und obendrein bei den Ratswahlen zu erheblichen Verlusten beigetragen haben. Ansonsten gilt, dass SPD wie CDU viele Stellungen gehalten haben. Wahlsiege der einen Seite gingen mit Verlusten an anderer Stelle einher.

» Ein besonderer Blick gilt dabei den Wahlen der Bürgermeister und Landräte sowie des hannoverschen Regionspräsidenten. Hier wurden fast flächendeckend neu gewählt und erstmals amtieren sie nun für acht Jahre. Auch hier lässt sich gegenwärtig das faktische Kräftegleichgewicht zwischen SPD und CDU gut illustrieren: Bei den Wahlen hat die SPD in Oldenburg und Salzgitter die Oberbürgermeisterposten verloren, während sie in Göttingen, Delmenhorst und Hameln diesen zurückgewinnen konnte. Bei den Bürgermeistern konnten in Northeim und Uslar sozialdemokratische Traditionsgebiete zurückerobert werden. In der Wedemark wurde eine schwarze Hochburg geschliffen, während auf der anderen Seite Buchholz/Nordheide verloren ging und die klassischen SPD-Hochburgen Brake und Hann. Münden der CDU zufielen. In traditionell sozialdemokratischen Holzwinden wurde sogar die Stichwahl verpasst. Der CDU konnte der Posten des Landrats in Lüneburg abgenommen werden. Auch in Lüchow-Dannenberg musste die CDU den Landratsposten für einen parteilosen Landrat räumen. Gehalten hat die SPD – trotz Wechsel der Amtsinhaber – die Oberbürgermeisterämter von Osnabrück und – besonders wichtig – das von Hannover, außerdem bleibt ein Sozialdemokrat Regionspräsident in der Region Hannover. In Emden konnte sich der SPD-Amtsinhaber durchsetzen und stützt sich zudem nun auf eine absolute Mehrheit im Stadtrat.

□ Auch aus Jamaika lässt sich nichts ablesen

Die CDU hingegen konnte gegen die SPD und deren schon 2003 gewählten Oberbürgermeister eine Jamaika-Ratsmehrheit in Wilhelmshaven bilden. CDU, FDP und Grüne haben übrigens in einigen Regionen des Landes zusammengefunden so etwa in Einbeck oder Hann. Münden. Aber auch eine Reihe von schwarz-grünen Kooperationen haben sich nach der Wahl gebildet oder konsolidiert, etwa im Kreistag von Göttingen oder im Oldenburger Stadtrat. Doch hieraus ein Modell abzuleiten wäre vermessen, immerhin haben SPD und Grüne in den Städten Göttingen, Hannover und Osnabrück sowie in der Region Hannover Zusammenarbeiten vereinbart. Während das sozialliberale Bündnis in Oldenburg über keine Mehrheit mehr verfügt, haben SPD und FDP solch eine Kooperation in Northeim vereinbart. In Hameln wurde eine Ampelkoalition geschmiedet. Alles in der Regel aus lokalen Erfordernissen erwachsen und nur wenig deutet auf Modellcharakter für die Landesebene hin.

□ In einem Jahr ist endlich Rückspiel

Aus den Kommunalwahlen lässt sich also nur wenig für die Landtagswahl herauslesen. Die Ende Januar 2008 abzuhaltenden Wahlen wird die SPD mit dem früheren Landesumweltminister Wolfgang Jüttner an der Spitze bestreiten. Die gegenwärtigen Umfragen sehen die CDU etwas über 40%, die SPD bei ungefähr 30% und damit sogar leicht schwächer als bei der Wahl 2003, die FDP liegt etwas vor den Grünen mit knapp zehn Prozent und die Linkspartei bei immerhin 4%. Doch auch diese Umfragen dürften noch nicht das letzte Wort des Wählers sein, immerhin lag zu einem vergleichbaren Zeitpunkt Anfang 2002 die SPD mit 43 zu 39 Prozent noch vor der CDU und die Grünen gleichauf mit der FDP bei ungefähr 5%. Es kann also noch viel passieren bis zum Rückspiel. ■

↳ Stephan Klecha lebt in Göttingen und ist Mitglied des SPD-Bezirksvorstand Hannover.



Foto: Christian Kiel

Stell Dir vor, es ist Programm- diskussion, und keiner diskutiert!!

Anmerkungen zur „SPD-Programmdiskussion“

in spw Heft 151, 5/2006

von Horst Heimann, H. Peter Rose



» Andrea Nahles und Joachim Schuster stellen im Oktober 2006 die „SPD-Programmdiskussion“ in spw 151 zutreffend fest: „Die Grundsatzzprogrammdebatte geht in ihre letzte Phase.“ (S. 14) Das bedeutet aber: Sie „geht in ihre letzte Phase“, bevor sie von einer innerparteilichen und gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen und beeinflusst wurde.

□ Die SPD muss inhaltlich überzeugen und motivieren wollen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft um die Mehrheit für den politischen Gestaltungsauftrag in Bund, Ländern und Gemeinden. Wenn sie den realen politischen Konstellationen glaubwürdig gerecht werden will, müssen ihre Grundpositionen für die gesamte Partei auf allen Ebenen gleichermaßen Gültigkeit haben. Das ist nicht mehr der Fall. Im Höhenrausch der Regierungsübernahme im Bund vor der Jahrtausendwende hatte sich die SPD-Führung dazu hinreißen lassen, Regierungspolitik mit Parteipolitik gleichzusetzen und damit die Partei in eine Identitäts- und Vertrauenskrise manövriert. Weder die „Neue Ökonomie“ von Blair und Schröder noch die Versuche von Müntefering und Clement, ihre organisatorischen wie inhaltlichen Vorstellungen der Partei in Nordrhein-Westfalen aufzuzwingen, waren erfolgreich. Im Gegenteil: Nach dem Wahlsieg mit

dem Duo Schröder-Lafontaine bei den Bundestagswahlen 1998 und dem Rücktritt von Lafontaine im Frühjahr 1999 ging es mit der SPD kontinuierlich bergab. Und obwohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik die pauschale Unzufriedenheit der Bevölkerungsmehrheit (rund 80%) mit den politischen Akteuren und Verhältnissen so stark angestiegen ist, ist zugleich noch nie die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den Parteien so stark zurückgegangen. Während in den 1960er und 1970er Jahren die politische Unzufriedenheit zur aktiven Mitarbeit motivierte, verstärkt heute diese Unzufriedenheit noch die Entpolitisierung und Resignation der Bürger

» Viele fühlen sich von „ihrer“ Partei im Stich gelassen; sie verstehen die Politik in den Regierungen, Parlamenten und Räten sowie in den Parteigremien nicht mehr. Von einer „Aktivbürgerschaft“ der Mitglieder und ihrer demokratischen Mitwirkung an der politischen Gestaltung des Gemeinwesens ist wenig zu spüren. Fragende Mitglieder werden „von oben herab“ als lästige Störenfriede abgetan, den kritischen Bürgern wird mit Skepsis begegnet. Und so ist auch das Interesse an der Programmdiskussion in der SPD und in der Gesellschaft sehr gering.

□ Die SPD als linke Volkspartei

Wenn die SPD linke Volkspartei bleiben will (vgl. den Schwerpunkt spw 145; 2004), wird sie inhaltlich überzeugen müssen, um Mitglieder zu werben und dauerhaft an die SPD zu binden. Sie muss deutlich machen, was sie mit Blick auf die politische Zukunftsgestaltung konkret zu bieten hat. Wenn Parteimitglieder an der Basis nicht mehr nachvollziehen können, was ihre Mandats und Funktionsträger politisch entscheiden, dann werden und können sie es auch nicht als Multiplikatoren gegenüber den Wählerinnen und Wählern vertreten. Diese argumentative Hilflosigkeit ist ganz besonders dort verbreitet, wo jahrzehntelange stabile Mehrheiten zu Machtstrukturen geführt haben, die nur noch vom Daumen-Prinzip (Finger drin und Daumen drauf) und von der topdown-Methode (Daumen rauf oder runter) bestimmt sind.

» Und nun, da Macht und Einfluss geschwunden sind, stellt man plötzlich fest, in welchem desolaten Zustand sich die Parteiorganisation mit ihrer Mitgliederstruktur befindet: schwindende inhaltliche Substanz sowie Mitgliederschwind durch Überalterung, Massenaustritte, Nachwuchsmangel etc.

Immerhin hat der letzte Bundesparteitag in Karlsruhe erste Akzente gesetzt, um das Gehabe einer „Staatspartei“ abzulegen und die SPD – endlich wieder – als die gesellschaftliche „Kraft der Erneuerung“ zu profilieren. Ob dies gelingen wird, hängt nicht zuletzt von der Art und Weise ab, wie die Chance einer breiten und offenen Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm genutzt wird.

□ Eine Zielperspektive in der Tradition des Berliner Programms

Die zum Auftakt der Diskussion vorgelegten „Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD“ sind in ihrer epischen Breite und redundanten Geschwätzigkeit nur schwer zu lesen und zu verstehen. Dem neuen „Bremer Diskussionsentwurf“ mangelt es an kritischer Gesellschaftsanalyse und programmatischem Überschuss. Nahles und Schuster hoffen gleichwohl, die Programmdiskussion könne den resignativen Entpolitisierungstendenzen entgegenwirken. Sie nennen auch Voraussetzungen für eine solche positive Wirkung: „Insgesamt braucht die SPD ... wieder eine Zielperspektive, die sich deutlich vom neoliberalen Zeitgeist abgrenzt.“ (S. 15). Zu diesem Zweck darf sich die SPD nicht „fröhlich in die Kontinuität der Schröder-Regierung stellen“, sondern in „die Kontinuität des Berliner Programms“. Denn dies „beinhaltet eine ausgeprägte gesellschaftliche Umverteilung“ sowie „eine Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft“. (S. 15)

□ Realistische Gesellschaftsanalyse notwendig

Realismus bedeutet, die gesellschaftliche Wirklichkeit annähernd objektiv einzuschätzen, ohne ideologische Verzerrungen oder zweckoptimistische Beschönigungen. Zu diesem Realismus gehört zunächst die Einsicht in die Faktoren, die eine Erneuerung einer sozialdemokratischen Zielperspektive erschweren, fast unmöglich machen: Die große Mehrheit der Normalbevölkerung dürfte zwar die „Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft“ und „eine ausgeprägte (genauer: andere) gesellschaftliche Umverteilung“ unterstützen. Aber eine große Mehrheit in der kleinen Minderheit der Machteliten, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Wissenschaft, Publizistik, Kultur und Politik, beharrt offensiv auf dem neoliberalen Credo: Der noch zu große Einfluss der Politik und des Sozialstaates – Hauptursache für mangelnde ökonomische Dynamik und

Wettbewerbsfähigkeit muss durch mutige Reformen weiter zu rückgedrängt werden. Diese Machteliten – eine neue Oberschicht – haben kein Interesse, den brutaler und asozialer werdenden Raubtierkapitalismus wieder zu zähmen oder zu zivilisieren. Sie verstehen sich vielmehr als „Schwert und Schild“ jener neuen Oberschicht, um die „führende Rolle der Wirtschaft“ vor allem gegen die Interessen der von abhängiger Arbeit lebenden Bevölkerungsmehrheit zu sichern. Diese kleine Minderheit hat trotz „Volksherrschaft“ (Demokratie) die Macht gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit und des Gemeinwohls – weiterhin „die Verteilung von Einkommen und Vermögen ... zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der kleinen Selbständigen (zu verschieben)“.

Gegen diese kleine Minderheit der neoliberalen Machteliten bleibt die große Mehrheit der Normalbevölkerung auch in der Demokratie ohnmächtig, wenn nicht sozial engagierte „Gegeneliten“ eine alternative Zielperspektive entwickeln und mehrheitsfähig machen. Ohnmächtig bleiben aber auch die zahlreichen Einzelkämpfer, die sich engagiert für die Interessen der Bevölkerungsmehrheit und des Gemeinwohls einsetzen. Denn die Befürworter des „Besitzindividualismus“ und Gegner des Sozialstaats bekämpfen diesen gut organisiert, konzertiert, zielstrebig und „solidarisch“, also effizienter als ihn seine individualistischen Anhänger zu verteidigen vermögen. Gegen den vorzüglich dirigierten Chor von Neoliberalen verhallen die nicht koordinierten Solostimmen der Verteidiger des Sozialstaats fast ungehört.

» Zum Realismus, der für die Erneuerung einer mehrheitsfähigen sozialdemokratischen Zielperspektive notwendig ist, gehört es auch, die gesellschaftliche Wirklichkeit realistisch einzuschätzen, frei von zweckoptimistischen Verharmlosungen und Beschönigungen. Selbst im kritischen Rückblick auf „die Regierungspolitik der SPD der letzten Jahre“ wird im Beitrag von Nahles und Schuster, gewiss ungewollt, eine Tendenz zur zweckoptimistischen Verharmlosung sichtbar: Wenn sie zutreffend mit dem Berliner Programm „eine ausgeprägte gesellschaftliche Umverteilung“

verbinden und der Regierungspraxis der SPD eine Modernisierungspolitik „unter Vernachlässigung notwendiger Umverteilung“ vorwerfen, so ist das indirekt eine beschönigende Fehleinschätzung. Denn alle empirischen Daten, Statistiken und der „Reichtums und Armutbericht“ belegen eindeutig, die rotgrüne Reformpolitik „beinhaltete eine ausgeprägte gesellschaftliche Umverteilung“, allerdings nicht im Sinne des Berliner Programms von oben nach unten, sondern im Sinne der FDP-Programmatik von unten nach oben. Eine erneuerte sozialdemokratische Zielperspektive wäre es daher, konkrete Maßnahmen für eine realistische und damit glaubwürdige Politik zu formulieren, nämlich: Zunächst die massive Umverteilung von unten nach oben zu verlangsamen, und dann vielleicht sogar zu stoppen, das weitere Absinken der Lohnquote zu verhindern, und schließlich vielleicht sogar wieder die soziale Ungleichheit zu reduzieren.

» Die „Zielperspektive, die sich deutlich vom neoliberalen Zeitgeist abgrenzt“, ist für die SPD überlebensnotwendig. Die SPD kann nur dann wieder zur mehrheitsfähigen Kraft gegen den Rückfall in frühkapitalistische Verhältnisse werden, wenn sie die intellektuellen Anstrengungen für diese erneuerte Zielperspektive auch nach Verabschiedung des Programms fortsetzt und als „ständige Aufgabe“ ansieht. Und die Befürworter dieser erneuerten Zielperspektive sollten nicht jene Tendenz ignorieren, das neue Grundgesetzprogramm dem noch herrschenden neoliberalen Zeitgeist zu unterwerfen und die lästige „Erblast“ und „Erbsünde“ des Demokratischen Sozialismus endgültig aus dem historischen Gedächtnis zu löschen. ■

☞ Horst Heimann, Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, lebt in Dortmund.
☞ H. Peter Rose, Dipl. Sozialwirt, war bis 2000 Dezernent für Kultur und Bildung, Jugend und Soziales bei der Stadt Gelsenkirchen.

Politische Merkmale zu einem Jahr Große Koalition

Positionspapier der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion

vom 15. Dezember 2006 ■ ■

□ 1. Vertrauen durch Programm, Profil durch Konflikt

Politische Orientierung und Vertrauenskapital in Partei und Wählerschaft der SPD gründen auf unserem Grundsatzprogramm und dem aktuellen Wahlprogramm. Die Koalitionsvereinbarung muss demgegenüber immer wieder kenntlich gemacht werden als nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Kompromiss auf Zeit. Entsprechend muss die SPD sich immer wieder durch Kampf ins Spiel bringen. Wir brauchen die SPD erkennbar als aktive, treibende Kraft in der Großen Koalition. Das macht sie für ihre Wähler wahrnehmbar, durchsetzungsfähig, und motivierend.

(...) Ohne klares Profil führen programmatische Breite und Unverbindlichkeit dazu, dass die SPD - an Bindungskraft verliert und die anderen Parteien in der großen Koalition gestärkt werden. Ohne Konfliktstrategie und Perspektive über die Große Koalition hinaus werden viele in der SPD demotiviert. Wir wollen den Erfolg in unserer Sache mit der Großen Koalition, nicht für den Erfolg der Großen Koalition an sich.

□ 2. Arbeitnehmeranliegen im Zentrum einer klaren Interessenpolitik

Die Idee der sozialen Demokratie lebt vom Bündnis und Zusammenwirken aller Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und sozialen Stellung, die sich auf unsere Grundwerte gründen und die Lebensverhältnisse für alle Menschen durch gemeinschaftliches Handeln verbessern wollen. Gesellschaftsreformen ohne breite Unterstützung auch der Mittelschichten, die soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu ihrer Sache machen und als ihr eigenes Interesse begreifen, werden nicht erfolgreich und nachhaltig sein können.

Die SPD muss dabei immer auch einen klaren Interessenstandpunkt einnehmen als Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um deren Interessen muss sie sich erkennbar in der langen Linie und im Detail kümmern. Die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnern, Auszubildenden/Studenten muss eingebunden sein in eine systematische Auseinandersetzung mit den vier großen SPD-Themen (Arbeitslosigkeit, Armut, Alter, Ausländerintegration). „Arbeit für alle“ und soziale Gerechtigkeit bleiben unsere Leitthemen, Umverteilung von oben nach unten und staatliche Leistungs- und Handlungsfähigkeit bleiben unverzichtbare Instrumente unserer Politik. Auch der vorsorgende Sozialstaat, den wir unterstützen, macht Verteilungsfragen keinesfalls überflüssig. Die SPD kann ohne ein besseres Verhältnis und abgestimmtes Zusammenwirken mit den Gewerkschaften dauerhaft nicht aus dem 25 – 30%-Turm herauskommen. (...)



Foto: Christian Kiel

□ 3. Kernthemen und Grunddiskurse gegen Themenhopping und Tagesaktualität

Die SPD darf nicht den Eindruck vermitteln, Themenhopping zu betreiben, sondern bestimmte Kernthemen und Grunddiskurse müssen in der Legislaturperiode immer wieder neu aufgegriffen und systematisch politisiert werden, z. B. Bekämpfung der Armut und Inklusion der Unterschicht, z. B. Anerkennung der Leistungsträger durch Stärkung und Garantie von Arbeitnehmereinkommen (gesetzlicher Mindestlohn und Erhöhung der Lohnquote), z. B. *Unternehmenssicherung* gegen „Heuschrecken“ durch Transparenz und Kapitalregulierung. Die SPD muss insbesondere auch den Leitgedanken der Innovation in vier Richtungen immer wieder neu durchbuchstabieren, nämlich Forschung und Entwicklung (Nachhaltigkeit der Wirtschaft ; Zukunftstechnologien), Bildung und Weiterbildung (von der frühkindlichen Bildung bis zum Lebenslangen Lernen), Familienförderung (Ausbau der Infrastruktur, Kinderschutz und Kinderförderung, Gleichstellung von Frau und Mann) und Ökologie und Klimaschutz (Energiewende und Ressourcenstrategie; kein Wackeln beim Ausstieg aus der Kernenergie; Arbeitsmarktpotentiale von Umweltschutz). (...)

□ 4. Die SPD als die große linke Volkspartei

Die SPD muss den Anspruch beibehalten, so stark zu werden, dass sie in einer Koalition mit einer kleinen anderen Partei in der nächsten Legislaturperiode eine Regierung bilden kann. Hierzu muss sich die SPD als die linke Volkspartei positionieren, die vom strategischen Ansatz her auch bei der nächsten Bundestagswahl die Linkspartei überflüssig machen will und muss, auch um auf Dauer die Fixierung auf eine Große Koalition oder eine lager- und richtungsübergreifende 3-Parteien-Koalition zu durchbrechen. Das Gerede von der Drei-Parteien-Konstellation schwächt im Zweifelsfall die SPD. (...)

□ 5. Strategisches Vorgehen und Kampagnenfähigkeit der SPD

Die SPD muss als Partei auf allen politischen Ebenen wieder mit einer Gesamtstrategie wahrgenommen werden, in der die SPD für sich Gemeinschaftsaufgaben definiert, die in Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam verfolgt werden. Ohne eine solche erkennbare Strategie gibt es wachsende Entfremdung. Ohne Schub aus den Kommunen und den Ländern ist die SPD prinzipiell nicht im Bund mehrheitsfähig. Die SPD muss erkennbar deutlich machen, dass sie die 5 bevölkerungsstärksten Länder wie NRW, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen zur zentralen Herausforderung aller Ebenen erklärt und auf den Zugewinn in diesen zentralen Ländern strategisch hin arbeitet, und das mit dem Einsatz der gesamten Partei, der SPD-Regierungskräfte und der Bundestagsfraktion. Hierzu braucht es zugespitzte Themen, die auf allen politischen Ebenen gemeinsam vorangetrieben und umgesetzt werden können. Beispiele für solche Kampagnenthemen können sein z. B. die Kinderbetreuungsstrukturen, der Einsatz für Mindestlöhne, der Energieumbau etc..

Die SPD muss systematisch politische Köpfe aufbauen, ausdrücklich auch in den Politikbereichen und Ressorts, die augenblicklich von der CDU/CSU verwaltet werden. Die SPD muss auch ihre wenigen verbliebenen Länder-Ministerpräsidenten offensiv einsetzen und ihnen Gewicht geben. ■

☞ Der vollständige Text steht auf www.parlamentarische-linke.de zur Verfügung.

Personen & Positionen

□ 11. Jahrestreffen der ostdeutschen Parteilinken

Zum 11. Regionaltreffen der ostdeutschen SPD-Linken waren am 13. Januar in Berlin VertreterInnen aus allen ostdeutschen Landesverbänden vertreten, um miteinander zu diskutieren. Einleitend referierte Wolfgang Thierse zur aktuellen Programmdebatte. Grundtenor der Diskussion war, dass der Entwurf besser sei als zunächst befürchtet. Andererseits seien viele Fragen neutral beantwortet und nicht richtig analysiert: z.B. in der Frage der Heuschrecken und der Fonds. Auch stellen sich Fragen nach einem europäischen Programm und europäischen Steuerharmonisierungen.

Ein wichtiger Bestandteil der Treffen sind immer die einzelnen Länderberichte. Besonders erfreulich in diesem Jahr war die wachsende Präsenz von SPD-Linken aus Brandenburg, die vor einiger Zeit einen parteilinken Kreis DL21 gegründet haben, der schon eine enorme Beachtung gefunden hat. Ausgehend von DL21-Diskussionen im regionalen DL21-Zusammenhang stimmte ein Kreis von 7-8 Brandenburger Genossen im Landtag gegen das äußerst problematische Brandenburger Polizeigesetz. Eine weitere regionale DL21-Gründung gab es aus Thüringen zu berichten. Interessante Hintergründe zur rot-roten Koalition berichtete Mark Rackles aus Berlin.

Am Sonntag gingen wieder etliche Teilnehmer des Treffens mit der SPD-Fahne zur Rosa-und-Karl-Manifestation in Friedrichsfelde, wo wieder bestimmt 80.000 (!) Menschen – freiwillig – den ganzen Vormittag schweigend an den Gräbern vorbeiliefen. Der Friedrichsfelde-Verein, in dem maßgeblich Sozialdemokraten mitarbeiten, hat jetzt eine Ausstellung sowie eine Internetseite zum Friedhof der Sozialisten erarbeitet.

[Burkhard Zimmermann]

► **Infos:** www.sozialistenfriedhof.de

□ Programmdebatte in Baden-Württemberg

Die Baden-Württemberger SPD-Linke „B-W-L“ diskutierte am 23. Januar 2006 in Stuttgart mit dem SPD-Bezirksvorsitzenden Hessen-Süd, Gernot Grumbach, über den Entwurf für das SPD-Grundsatzprogramm. Damit will die B-W-L einen weiteren Beitrag dazu leisten, dass das Programm mit der Basis und an der Basis breit diskutiert wird. Die B-W-L hatte sich bereits in einer ersten Stellungnahme zu den Leitlinien positioniert und wird weitere Debattenbeiträge als Impuls für die Diskussion in den Ortsvereinen und Kreisverbänden veröffentlichen.

[Reinhold Rünker]

► **Infos:** Regional-Seiten bei www.forum-dl21.de

□ Personelle Veränderungen

► Björn Böhning, spw-Redakteur und Juso-Bundesvorsitzender, ist zum Jahresbeginn von der DGB-Grundsatzabteilung in die Berliner Senatskanzlei gewechselt, wo er die Leitung des Planungsstabs übernommen hat.

► spw-Herausgeber Benjamin Mikfeld ist neuer Abteilungsleiter Kommunikation beim SPD-Partei-vorstand und dort u.a. zuständig für Planungs- und Grundsatzfragen.

► Zum Jahreswechsel sind Steffi Gerszewski, Tanja Breuer und Svea Reiners aus der spw-Redaktion ausgeschieden. Wir danken ihnen für ihre langjährige Mitarbeit. Neu eingetreten in die Redaktion sind Claudia Bogedan und Bettina Kohlrusch, die derzeit beide an der Univesität Bremen promovieren.

□ spw-Jahresregister

Die Jahresregister sind ab sofort im Internet verfügbar, einzelne Beiträge aus früheren Heften können hier ebenfalls herunter geladen werden.

► **Infos:** www.spw.de



↳ Michael Donnermeyer: (links) 1982 auf einer Demo, (rechts) heute. Fotos: privat.

5 Fragen an ... Michael Donnermeyer



» Michael Donnermeyer, Jahrgang 1960, studierte Publizistik, Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaften auf Lehramt: Er war in der Juso-Hochschulgruppe Münster und im Juso-Unterbezirk aktiv, später auch Juso-Sekretär im Westlichen Westfalen (WW). Nach freiberuflichen Erfahrungen als Journalist und als Referent in WW begann er 1990 seine Karriere als Pressesprecher des SPD-Landesverbandes Berlin. Dann wechselte er zur SPD-Landtagsfraktion nach Brandenburg, wurde Sprecher des SPD-Parteivorstandes, Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverkehrsministeriums und schließlich 2002 Pressesprecher des Berliner Senats. Er lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in Berlin-Mitte.

spw: Was waren für Dich persönlich die wichtigsten Meilensteine in Deinem politischen Leben und bei den Jusos?

» **Michael Donnermeyer:** Für mich persönlich und politisch zugleich der Mauerfall, denn der hat mich letztlich beruflich nach Berlin verschlagen, wo ich seither diesen spannenden Prozess des Zusammenwachsens hautnah miterleben kann. Durchaus als sinnvollen Lernprozess darüber, wie eine revolutionäre Umwälzung die deutsche Linke auf falschem Fuß erwischen konnte (wo wir in diesen Fragen das doch alles immer viel besser zu wissen meinten).

Bei den Jusos hat mich die frauenpolitische Debatte am meisten beschäftigt. Als ich im Juso-Unterbezirk in Münster aktiv war, haben wir mit dafür gesorgt, dass die SPD in Münster als erster UB die Quote beschlossen hat – eine wichtige Debatte, gegen viele Widerstände, aber richtig und erfolgreich.

spw: Dich hat es mehrfach zwischen NRW und Berlin hin- und hergezogen. Wo siehst Du politische Unterschiede und wo persönliche Vorteile?

» **Michael Donnermeyer:** Berlin ist ganz anders, die Spuren der Geschichte sind krasser und die Prozesse gehen schneller. Hier sind in den goern Hunderttausende Industriearbeitsplätze in wenigen Jahren aufgrund des Wegfalls der Märkte im Osten einfach verschwunden. In NRW hat es bei Kohle und Stahl dafür jahrelange sozial verträglichere Umstrukturierung gegeben. Zudem sind in Berlin gesellschaftliche Entwicklungen früher zu spüren, was den Vorteil hat, dass man auch mit den Lösungen schneller sein muss und – wenn sie gut sind – in die Rolle des Pioniers kommt. In Sachen Bildung und Integration sind wir in Berlin weiter als die anderen Länder.

spw: Als Senatssprecher verkündest Du, was andere denken. Wie groß ist Dein Einfluss auf das, was Du sagen darfst?

“ **Michael Donnermeyer:** Mein Job ist das Wie, nicht das Was. In unserer Mediokratie eine spannende Aufgabe. Erfolge hat man da allerdings nur, wenn das Wie schon beim Was mit bedacht wird. Kommunikation ist zentral in der Politik und wird noch immer viel zu oft vernachlässigt. Meine Aufgabe ist es auch, ständig daran zu erinnern, dass die Kommunikation eine wichtige Rolle spielt. Das ist weit mehr als eine semantische Aufgabe. Es ist durchaus wichtig, ob etwas zufällig „Hartz IV“ heißt oder vielleicht doch einen reflektierten, inhaltlich sinnvollen Begriff erhält, doch der Erfolg hängt auch davon ab, wie, wann, wo und mit welchen Instrumenten ein politisches Projekt auf allen Ebenen erfolgreich kommuniziert werden kann.

spw: Gibt es eine politische Entscheidung, die Du bereust?

“ **Michael Donnermeyer:** Bereuen klingt so moralisch. Irrtum ist der bessere Begriff, denn das ist ja menschlich und man kann daraus lernen. Und Irrtümer hat es ebenso gegeben wie Dinge, wo man richtig lag und liegt. Fehleinschätzungen gab es sicher, bei einigen inhaltlichen Themen, aber vor allem finde ich es hilfreich, eine gewisse negative Grundhaltung zu überwinden: Linke Politik kommt aus der Kritik an den Zuständen, das gerät gelegentlich zu unangemessenem und darüber hinaus wenig motivierendem Pessimismus. Ich amüsiere mich heute beispielsweise noch über den Eifer, mit dem wir gegen die Volkszählung agitiert haben. Kritik daran konnte man gewiss üben, aber Orwell ist nicht über uns gekommen und die Demokratie hat es auch überlebt.

spw: Zieht es Dich manchmal in die erste Reihe der gewählten Politiker?

“ **Michael Donnermeyer:** Es hat sich nicht ergeben, ich bin auch so zufrieden, weil ich ja trotzdem ganz nah an den Prozessen dran bin. Da liegt auch eine Gefahr: Für viele in meinem Job ist die Versuchung groß, den Grundsatz „Gewählte zuerst“ zu vergessen.

Ich kann mir natürlich auch vorstellen für ein Unternehmen zu arbeiten. Denn ich bin mir sicher, dass die Politik die beste Schule für professionelle Kommunikation ist.

spw: Michael, vielen Dank für das Gespräch. ■

Wir wollen in „5 Fragen an ...“ einige interessante Persönlichkeiten aus dem spw-Umfeld vorstellen. Vorschläge oder Kommentare hierzu nehmen wir unter 5fragen@spw.de gerne entgegen.

■ Frauenquote

1984 wurde auf dem Bundeskongress der Jusos der Grundsatzbeschluss über die Einführung einer Frauenquote gefällt. Danach müssen alle gewählten Vorstände, Gremien und Delegationen mit mindestens 40 Prozent Frauen besetzt sein. Die Entscheidung war das Ergebnis einer intensiven Diskussion um die Feminisierung des Verbandes. Die in den 70er und vor allem 80er Jahren entwickelten feministischen Forderungen und Positionen der Frauenbewegung fanden damit auch Niederschlag im Juso-Verband. Die Jusos waren der SPD mir ihrem Beschluss 4 Jahre voraus, denn erst 1988 konnte sich die Partei für die Einführung einer Geschlechterquote (!) entscheiden. 1997 verschärften die Jusos die Regelung für Delegationen zum Bundeskongress zu einer so genannten „harten“ Quote, nach der freie Frauenplätze nicht mehr mit Männern aufgefüllt werden können, also unquotierte Delegationen Mandate zurückgeben müssen.

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

Kommunales Wissen

DEMO im Internet: www.demo-online.de



22,50 €
zzgl. Versand

Das Nachschlagewerk Deutschland kommunal 2007

Umfassend und übersichtlich: Kommunale Institutionen, Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte über 20.000 Einwohner, Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion, (Ober-)Bürgermeister, Stadträte und Dezernten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten.



69,- €
Jahresabo

Die kommunale Kompetenz DEMO

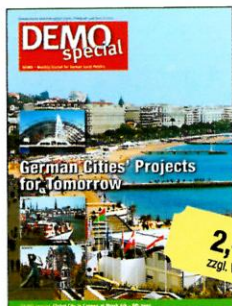
Immer nah dran. Lesen Sie jeden Monat, was in Deutschlands Städten, Kreisen und Gemeinden gedacht und getan wird. Hintergründe und Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen, Best-Practice-Beispiele, regelmäßige Reporte, Extras, Termine und Personalien.



2,- €
zzgl. Versand

DEMO special ÖPP

Internationale und inzwischen auch nationale Beispiele belegen eindrucksvoll die Effizienzgewinne bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur durch ÖPP. Wir berichten über Vor- und Nachteile und geben einen Überblick über mögliche Anwendungsbereiche.



2,- €
zzgl. Versand

DEMO special Global City

DEMO special zur 1. Internationalen Kommunalmesse „Global City“ Anfang März in Cannes. Auf der Messe geht es um Lösungen für die Probleme moderner Stadtentwicklung. Das DEMO special präsentiert die Projekte und Lösungsvorschläge deutscher Kommunen – in deutsch und in kurzen englischen Summaries.



-,50 €
zzgl. Versand

DEMO Sonderdruck Schuldenmanagement

Angesichts der Finanznot vieler deutscher Kommunen rückt das Zins- und Schuldenmanagement in den Blickpunkt der interessierten Fachöffentlichkeit. Der Sonderdruck bietet Best-Practice-Beispiele sowie eine Zusammenfassung des von der DEMO zum Thema veranstalteten Fachforums im Oktober 2004.



-,50 €
zzgl. Versand

DEMO Sonderdruck Direktwahl-Coaching

Der Sonderdruck gibt einen Überblick über die vielfältigen Erfolgswege des Direktwahl- und Fraktions-Coachings und bietet neben Erfahrungsberichten anerkannter Coaches eine Checkliste zur Minimierung von Reformwiderständen und 20 Tipps, wie man ganz sicher eine Wahl verliert.

Bitte den vollständig ausgefüllten Coupon einsenden: **Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH** • Stresemannstraße 30 • 10963 Berlin
Telefon 0 30/2 55 94-130 • Fax 0 30/2 55 94-199 • E-Mail vertrieb@demo-online.de

Ich bestelle

- Deutschland kommunal**
Preis: je 22,50 € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Ex.
- DEMO – Demokratische Gemeinde**
Jahresabo: 69,- € inkl. MwSt. _____ Ex.
- ÖPP – DEMO special**
Preis: je 2,- € inkl. MwSt. _____ Ex.
- Global City – DEMO special**
Preis: je 2,- € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Ex.
- Sonderdruck Schuldenmanagement**
Preis: je -,50 € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Ex.
- Sonderdruck Direktwahl-Coaching**
Preis: je -,50 € inkl. MwSt. zzgl. Versand _____ Ex.

Bestelladresse

Name, Vorname _____
PLZ, Ort, Straße _____
Tel., Fax _____
 Datum, Unterschrift _____

Zahlungsweise Bankeinzug Rechnung

Kontoinhaber _____
Geldinstitut _____
BLZ, Kontonummer _____
 Datum, Unterschrift _____

Widerrufgarantie: Die Bestellung des Abos kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin widerrufen werden.

Datum, Unterschrift _____